

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 J., in Parteen direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Würnberg, 14. Januar 1893.

Insertate die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 20 J Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

betr. die General-Versammlung.

Wie schon in Nr. 1 der D. M. Z. bekannt gegeben, hat der Vorstand beschloffen, die 2. ordentliche General-Versammlung auf den 3. April einzuberufen...

Zur Deckung der Kosten haben wir eine Delegiertensteuer von 50 J festgesetzt, die in zwei Raten à 25 J bezahlt werden kann...

Anträge, welche in der General-Versammlung beraten werden sollen, müssen spätestens 14 Tage vor der General-Versammlung dem Vorstande eingereicht werden.

Laut § 15 Abs. 2 des Statuts wählen je 300 Mitglieder einen Abgeordneten. Wir haben nun unsere Mitgliedschaften in Wahlkreise eingetheilt...

Wie viel jede Wahlabtheilung Delegirte zu wählen hat, ist in der Wahlkreiseintheilung bei jeder Abtheilung am Schlusse mit einer fett gedruckten Ziffer bemerkt.

Wir eruchen nun die Ortsverwaltungen, sofort Mitgliederversammlungen einzuberufen, in denen so viel wie die Abtheilung Delegirte zu wählen hat, Kandidaten vorzuschlagen sind.

Nachdem die sämtlichen Kandidatenvorschläge bei dem Vorsitzenden des Centralwahlkomitees eingegangen, hat derselbe je der Ortsverwaltung des Wahlkreises die sämtlichen Vorschläge ungesamt mitzutheilen...

Auch eruchen wir die Ortsverwaltungen dringend, daß sie das Wahl-Reglement genau beachten, damit Unregelmäßigkeiten vermieden werden.

Auf die Wahl bezüglichen Anfragen und Beschwerden sind an den Vorstand zu richten.

Der Vorstand.

Wahl-Reglement.

1. Wahlberechtigt und wählbar ist jedes Verbandsmitglied. Wählen kann ein Mitglied nur in der Wahlabtheilung, in welcher er zur Zeit in der Mitgliederliste als zahlendes Mitglied eingetragen ist...

2. Die Ortsverwaltung derjenigen Verwaltungsstelle, deren Name in der Wahlabtheilungs-Bekanntmachung fett gedruckt ist, bildet im Verein mit vier aus der Mitgliederzahl derselben Verwaltungsstelle zu wählenden Beisitzern das Centralkomitee für die Wahlabtheilung.

3. Die Ortsverwaltung derjenigen Verwaltungsstelle, deren Name in der Wahlabtheilungs-Bekanntmachung fett gedruckt ist, bildet im Verein mit vier aus der Mitgliederzahl derselben Verwaltungsstelle zu wählenden Beisitzern das Centralkomitee für die Wahlabtheilung.

4. Die Wahl der Delegirten wird durch den Vorstand kontrollirt. Dieser ist verpflichtet, Wahlkomitees über alles auf

als Vorsitzender; die Adressen derselben sind in der Wahlkreiseintheilung angegeben.

3. Bei Mittheilung der vorgeschlagenen Kandidaten an den Vorsitzenden des Centralwahlkomitees sind etwaige Adressenänderungen, die sich seit dem 1. Dezember 1892 bei den Bevollmächtigten ergeben haben, mit anzugeben.

4. Die Wahl der Delegirten hat in einer von jeder Ortsverwaltung einzuberufenden Mitgliederversammlung bis spätestens zum 20. Februar stattzufinden.

Die Wahl erfolgt mittelst Stimmzettel und sind vor Abgabe derselben die Namen sämtlicher Kandidaten der Wahlabtheilung den Mitgliedern in verständlicher Weise mitzutheilen. Jedes wählende Mitglied erhält einen mit dem Stempel der Verwaltungsstelle versehenen Stimmzettel...

5. Ueber die Wahlhandlung und das Ergebnis derselben ist ein Protokoll, welches von der ganzen Ortsverwaltung unterzeichnet sein muß, aufzunehmen, außerdem ist eine Liste zu führen, in welche jedes Mitglied, welches an der Wahl Theil nimmt, seinen Namen zu verzeichnen hat.

6. Nach Eingang der Stimmzettel und Protokolle hat der Vorsitzende sofort das Centralwahlkomitee zu einer Sitzung einzuberufen, welche thumlich auch den übrigen Mitgliedern zugänglich zu machen ist.

7. Gewählt als Delegirte sind die Mitglieder, welche die höchste Stimmenzahl erhalten, falls sie wenigstens eine Stimme mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmzettel erhalten haben.

8. In den beiden letztgenannten Fällen hat der Vorsitzende die Stichwahl respektive Auslosung sofort zu veranlassen. Den Termin, bis zu welchem die Wahlerlisten, Protokolle und Stimmzettel der Stichwahl einzusenden sind, hat das Centralwahlkomitee der Wahlabtheilung zu bestimmen.

9. Ist die Wahl definitiv entschieden, so hat das Centralwahlkomitee die vom Vorstand ausgestellten Mandate auszufüllen und durch Unterschrift aller Mitglieder derselben gegenzuzeichnen.

10. Die Wahl der Delegirten wird durch den Vorstand kontrollirt. Dieser ist verpflichtet, Wahlkomitees über alles auf

die Wahl Bezug habende Auskunft zu ertheilen. Ueber vorgekommene Unregelmäßigkeiten bei einer Wahl ist seitens der Ortsverwaltungen dem Vorstand sofort Bericht zu erstatten.

Sämmtliche Wahlakten (Stimmzettel, Protokolle etc.) sind entweder an den Vorstand zu senden, oder den Abgeordneten zur General-Versammlung mitzugeben...

Für die Einzel-Mitglieder des Königreichs Sachsen hat das obige Wahlreglement keine Gültigkeit.

1. Die Vertrauensmänner der in der Wahlkreiseintheilung benannten Städte haben sofort öffentliche Mitglieder-Versammlungen einzuberufen, in denen die für diese Bezirke zu wählenden Kandidaten vorgeschlagen werden.

2. Der Vorstand wird dann den Vertrauensmännern sofort die Namen der vorgeschlagenen mittheilen. Auch diesem sind nochmals öffentliche Mitgliederversammlungen einzuberufen...

3. Ueber die Wahlhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das Wahlresultat, Protokoll, sowie sämtliche Stimmzettel sind bis spätestens den 28. Februar an den Vorstand einzusenden.

4. Der Vorstand wird, nachdem das Endresultat der Wahl festgestellt ist, dieses den Vertrauensmännern mittheilen.

Sämmtliches auf die Wahl bezügliche Material wird der Mandatsprüfungs-Kommission vom Vorstand übergeben.

Wahlkreiseintheilung.

(Die fett gedruckte Zahl am Schluß der Abtheilung bedeutet die Zahl der von der Abtheilung zu wählenden Abgeordneten.)

1. Stuttgart (Em. Pfeiffer, Staffelfstraße 4, 1) Abgeordneter.

2. Cannstatt, Allg. (Georg Wilhelms, Waiblingerstr. 16a), Cannstatt (Former), Cannstatt (Resselschmiede), Heilbronn, Stuttgarten.

3. Eßlingen, Allg. (A. Kind, Schloßberggasse 1), Eßlingen (Feilenhauer), Neutlingen, Ulmingen, Luitlingen, Oberndorf a. N., Schweningen, Kirchheim u. T.

4. Goppingen (Germ. Thiele, Biegelstraße 23 b), Ulm, Ravensburg, Ravensburg (Former), Gmünd, Alten, Heidenheim, Geislingen.

5. Durlach (Ferd. Fischer, Klausprechstr. 28, 11), Durlach, Pforzheim, Weinsheim a. d. Saale.

6. Freiburg i. Br. (Chr. Arnold, Schusterstr. 34), Bahr, Constanz, Göttingen, Oberkirch, Heigenheim i. G., Straßburg i. G., Schiltigheim b. Straßburg, Baden-Baden, Zell i. Wiesenthal.

7. Mannheim, Allg. (E. Gurrich, Trauerstr. 25, 11), Mannheim-Südwesthafen (Spengler) Heidelberg.

8. Ludwigschafen (Kuz. Sauer, Bismarckstr. 102), Frankenthal, Kaiserslautern (Allg.), Kaiserslautern (Former), Pirmasens, Speyer, Worms, Sandau, Neustadt a.ardt. 1.

9. Nürnberg, Schlosser und Maschinenb. (S. C. Großberger, Dreher, Abamstr. 9), Nürnberg (Feilenindustrie), N. (Plaschner), N. (Former), N. (Feizer und Maschinenwärter), N. (Mechaniker u. v. B.), N. (Metallarbeiter), N. (Metallschläger), N. (Metzgerindustrie), N. (Metzger und Glöckner), N. (Schmiede). 6.

10. Fürth i. G., Allg. (G. Harßer, Marienstr. 39), Fürth (Schläger), Zirndorf, Schöntal-Doos, Ansbach, Wädgeldorf bei Nürnberg. 2.

11. Schwabach (Martin Hub, Benden-dorferstr. 23), Geramühl, Roth a. G., Jugel-stadt, Regensburg, Landshut. 1.

12. Augsburg, Allg. (Gust. Straße, Kupfergasse, Alfaberggasse 6, 327), Augsburg (Feilenhauer), Bechhausen, Rosenheim, Freising, Straubing, Neumünster. 1.

13. München, Allg. (Joh. Urban, Frauenhoferstr. 22, 17), München (Spengler), München (Feilenhauer). 1.

14. Frankfurt a. M., Allgemeine (S. Schiffer, Meißengasse 18, 11), Frankfurt (Spengler), Rodenheim, Neuwied a. Rh., Westlar. 2.

15. Offenbach (Rudw. Dönges, Walb-straße 64), Hanau, Oberrad, Niberrad, Fedenheim, Gießen (Allgemeine), Gießen (Klempner), Fulda. 1.

16. Mainz (W. Wollstadt, Mau-rigerplatz 2), Koblenz, Wiesbaden, Hom-burg, Höchst, Darmstadt, Sindlingen. 2.

17. Cassel (G. Garbe, Schöthor-straße 2), Göttingen, Mülhausen i. T. 1.

18. Alzenburg (H. Storzewski, Jungferngasse 11). 1.

19. Gera (G. Beder, Ecke der Wald- und Eiserstraße), Jena, Apolda, Weimar, Meuselwitz, Greiz, Götting. 1.

20. Coburg (J. G. Grünbaum, Schenkgasse 6), Suhl, Schleiz, Zeulenroba, Arnstadt, Neustadt a. d. Orla, Pegnitz i. B., Würzburg, Bamberg, Schweinfurt, Bayreuth, Marktredwitz, Hof, Erlangen, Hersbruck. 1.

21. Sangerhausen (Dito Reich, Neudorf 2), Erfurt, Gotha, Schmalkalden, Steinbach b. Wabernstein. 1.

22. Saalfeld (A. Bauer, Kloster-gasse 16), Pöhlitz. 1.

23. Reuscheid, Allg. (Karl Lohsch, Alleestr. 90), Nennscheid (Feilenhauer), Elberfeld, Harren, Solingen, Solingen (Schlosser), Schalk, Walb, Rade vorm Wald, Siegen. 2.

24. Düsseldorf (W. Gottshausen, Herzogstr. 91), Aachen. 1.

25. Essen (Joh. Roth, Grabenstr. 17), Mülheim a. Ruhr, Duisburg, Velbert. 2.

26. Köln a. Rh., Allg. (Joh. Schuei-der, Streitzgasse, aff. 24), Köln (Feilenhauer), Ehrenfeld, Mülheim a. Rhein, Kalk b. Köln, Trier. 1.

27. Dortmund (G. Gärtner, Leopoldstr. 60). 1.

28. Witten (G. Hagedorn, Damm-strasse 38), Haspe-Westerbauer, Hagen, Bochum, Herten. 1.

29. Bielefeld (Carl Bichel, Oststr. 5), Bielefeld (Feilenhauer). 1.

30. Bremen (Albert Dorchert, Bern-hardstr. 7, 1), Heizen, Celle b. Hannover, Lüne-burg, Sebaldsbrück, Weg-jack a. Weser. 1.

31. Bant b. Wülhelmsgraben (Fr. Pöschel, Karlsruh. 1), Bremerhaven (Klemp-ner), Delmenhorst, Brake a. Weser. 2.

32. Altona, Schlosser (W. Groh-mann, Dittenen, Lagerstr. 22, 11), Altona, (Klempner), Altona (Feilenhauer). 1.

33. Harburg (Louis Guto, Feld-strasse 17). 1.

34. Hamburg, Klempner (A. Sell, Großer Neumarkt 38), Hamburg (Mechan. u. v. B.), Hamburg (Schlosser u. Maschinenbauer), Hamburg (Schloßler u. v. B.), Hamburg-Harstedt (Schlosser und Maschinenbauer), Hamburg-Simsbüttel (Schlosser und Maschinenbauer), Bergedorf, Wandsbek. 4.

35. Flensburg, Allg. (Moritz Meyer, Johannesstraße 58, 1), Flensburg (Klempner), Rendsburg, Eckernförde, Appentade, Schleswig, Lönning. 1.



- 36. Pries /Schlewig (R. Ammann, Gerickestr. 2, Kiel, Stolte 24), Neumünster, Elmshorn, Barmen, S. 1.
- 37. Stiel (G. Friemann, Schauenburgerstr. 41, III), Neumünster, Pries. 3.
- 38. Fubra (August Nieder, Marienstraße 61), Dinstede, Bismarck, Rostock. 1.
- 39. Stettin (P. Schmidt, Grabow, Oststr. 21), Gütrow, Schwerin, Stralund, Bogisstr. 10, Igeberg, Ribing, Danzig, Grubing, Polen, Breslau, Neu-Ruppin. 2.
- 40. Gensbrück (Emil Müller, Foerster, Langstr. 1) Witten 1/2, Herford, Wunde 1/2, Oberburg, Dinklage. 1.
- 41. Hannover (Hog König, Prof. Lehrstr. 14b III), Hildesheim, Altd. a. W. 3.
- 42. Linden b. Hannover (G. Wehrich, Finkenstraße 62), Weine, Schöningen, Hildesheim. 2.
- 43. Braunschweig. Schlosser (B. Drehsopf, Kollstr. 66, I), Braunschweig (Kempner), Braunschweig (Fellenhauer), Wolfenbüttel. 2.
- 44. Magdeburg (Otto Vogt, Rameckstraße 15), Buda, Haberstraße. 1.
- 45. Bernburg (Eb. Zimmermann, Schlosser Ringstraße 15), Halle. 1.
- 46. Pritz (G. Auler, Bahnhofstr. 2), Dessau, Duedlinberg, Staßfurt, Egeln, Altdersleben, Naumburg, Nordhausen. 1.
- 47. Braunschweig (Julius Wegner, Wollenweberstr. 61), Borsdorf, Frankfurt a/O., Gärtenwalde, Ränzin. 1.
- 48. Coburg (Paul August, Berliner Chaussee 59, Post, Gassen, Guben, Finsterwalde, Torgau, Eisenberg. 1.
- 49. Breslau, Alg. (Oskar Schütz, Expedition d. Volkswagen, Wehlerberg 64), B. Alau (Kempner), Brieg, Oppeln, Beuthen, Zabrze, Keilse, Schmieditz, Freiburg, Striegau, Altwasser 1/Waldenburg. 2.
- 50. Görlitz (G. Bennewitz, Hohenstraße 5), Bunzau, Gagnau, Grünberg, Neuhals a/O., Sagan, Siegnitz, Sorau. 1.

**Rheinreich Sachsen.**

- 51. Dresden-Alstadt, Dresden-Renftadt, Borsdorf, Radeberg. 4.
- 52. Leipzig (Zentr.), Leipzig (Ost), Leipzig (Süd), Leipzig (W.-N.), Leipzig (Nord), Wurzen. 4.
- 53. Chemnitz (Alg.), Chemnitz (Fellenhauer). 1.
- 54. Oelitz, Meißen, Pirna, Penitz, Goltzern, St. Göttau b/Altz. 1.
- 55. Freiberg 1/2, Glauchau, Meerane, Plauen 1/2, Zwettau, Grimmitzschau, Simbach, Hohenstein-Ernstthal. 1.

**Schlußworte.**

Da mit dem Jahresschluß wieder eine Rechnungsperiode schließt, machen wir darauf aufmerksam, daß auf der Abrechnung nun die in den Monaten November und Dezember gemachten Einnahmen und Ausgaben aufgeführt sein müssen. Vor allen Dingen ist darauf zu achten, daß nur die im November und Dezember an die Hauptkassette gesandten Gelder aufgeführt werden und daß aus nach dem 31. Dezember 1892 (vielleicht am Tag, wo die Abrechnung zusammengestellt wird) eingelangten Geldern auf die folgende Abrechnung (Januar und Februar) geachtet wird.

Für diejenigen Verwaltungen, die erst im Dezember in's Leben getreten sind, schließt die Rechnungsperiode ebenfalls mit Ende Dezember ab und ist nur über die Zeit des Bestehens abzurechnen.

Es ist genau darauf zu achten, daß die Abrechnungen von der gesamten Ortsverwaltung unterschrieben und mit dem Ortssiegel versehen sind.

Die Vertrauensmänner der Orte, wo Ortliche Verwaltungen nicht bestehen, haben gelegentlich der Aufstellung der Abrechnung in einer öffentlichen Versammlung der Verbandsmittglieder Resolutionen wählen zu lassen, welche die Abrechnung zu prüfen und mit zu unterschreiben haben. Die Thätigkeit dieser Mittglieder erstreckt sich nur auf die Fertigstellung der Abrechnung, für die sie gewählt sind und ist keines dauernde.

Am Jahresschluß sind den Mitgliedern Fragebogen, die Zusammensetzung der Mitgliedschaften aus den einzelnen Bezirken betreffend, zugegangen. Wir ersuchen die Ortsverwaltungen und Vertrauensleute, diese Fragebogen mit der nächsten Abrechnung bis spätestens zum 15. Januar an uns gut ausgefüllt zurückzusenden. Wir werden alle diejenigen Verwaltungen und Vertrauensmänner, die nicht pünktlich dieser Aufforderung nachkommen, ohne weitere Aufforderung im Verbandsorganisatium beseitigen, da zur möglichsten baldigen Zusammenstellung der Jahresabrechnung sowie der Statistik die rechtzeitige Einreichung der Abrechnungen unbedingt notwendig ist.

Weiterhin ersuchen wir alle diejenigen Ortsverwaltungen, deren Sammel- und Aufseherbücher ausgetauscht sind, diese mit der nächsten Abrechnung nach hier einzusenden.

Folgende Mitgliedsbücher werden für unvollständig erklärt:  
 Nr. 9152 des Schleifers Oskar Tändler, geb. zu Wittenburg am 18. September 1869 und  
 Nr. 14747 des Schlossers Adam Krupp, geb. zu Wittenburg am 18. Juni 1864.

Der Fellenhauer August Rister, geb. 18. Juni 1865 zu Döbenitz wird auf Antrag einer öffentlichen Versammlung der Verbandsmittglieder in Döbenitz nach § 8 Abs. 7a und b hierdurch aus dem Verband ausgeschlossen.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Berufe fern zu halten: Formier von Gahr 1/Walden, Fellenhauer von Garen, Döbenitz 1. W., Fudwigshafen a/Elb., Metallarbeiter aller Branchen von Seitzgen und Reitzgen, Industriearbeiter von Nürnberg.

Alle für den Verband bestimmten Selbstsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

**Erhard Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21, 1.**

zu richten, und ist auf dem für Mitteilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld über welches Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongreßprotokolle, Delegiertensteuer oder Generalkommissionsarbeiten ist.

Mit kollegialen Grüßen  
**Der Vorstand.**

**Berichtigung.** In unserer Bekanntmachung in Nr. 1 ist Leipzig-Süd irrtümlich unter den mit der Abrechnung vom September-Oktober Restierenden aufgeführt, es muß dafür Leipzig-Ost heißen, was wir hiermit berichtigen.

**Abrechnung von der Hauptkasse pro Dezember 1892.**

Einnahme. Kassenbestand laut voriger Abrechnung M 524,43. Wirschaftsbau u. Beiträge: Euhl 18,00. Ohlitz 48,70. Nachen 50,00. Wurzen 40,10. Reimsch, J. Hentauer, 50. Freiberg 1/2 S. 7,50. Cannstatt 40. Fürtz 150,60. Nürnberg, Schlosser 20. Reimsch 1/2 S. 25,30. Wittenbach 80. Stettin 50. Gr. H. 1/2 S. 20. Leipzig-Ost 60. Wandersb. 13,71. Greis 1/2 S. 50. Ebersfeld 4,10. Hagau 1/2 S. 80. Döbenitz 84,20. Pforzheim 20. Brake 30. Wittenburg 22,10. Chlas 0,23. Schittgheim 1/2 S. 12,69. Beuthen D/S. 11,10. Glöckstadt 13. Gassen 35,40. Neustadt a/Elb. 28,50. Wittenburg 100. Brie 10. Sangerhausen 5,10. Cannstatt, Formier 49,20. Wiesbaden 45. München, Spengler 150. Neu-Ruppin 1,80. Wittenbach 7. Nürnberg, Schmiede 86,50. Nachen 44. Rostock 40. Siedingen 10,40. Süd-N. 18. Wodenhelm 167,83. Oberndorf 50. Mühl. Dorf 150. Braunschweig, Fellenhauer 15. Szeboe 20. Geras-Mühle 24,80. Altenburg 114,80. Garburg 0,50. Ritterslautern 10. Meißen 45. Chemnitz, Fellenhauer 25. Hamburg, Kempner 100. Schalle 18. Dresden-N. 200. Bant b/W. 193. Leipzig-West 200. Wurzen 30. Freiberg 1/2 S. 39,50. Heidenheim 10. Schwabach 100. Simbach 21. Wittenbach 20. Nürnberg, Schlosser 20. Fienzburg, Kempner 35. Nürnberg, Fellenhauer 17,10. München, Fellenhauer 20,60. Leipzig-Ost 70. Witten 88. Neustadt a/O. 20. Freiberg 1/2 S. 24,35. Cannstatt 50. Hamburg, Geblieser 20. Heideberg 20. Gumburg, Schlosser 163,10. Braunschweig, Kempner 50,55. Bremerhaven, Kempner 41,50. Dresden-N. 112,50. Wehler 13. Postkoppel 50. Breslau, Kempner 45. Uebelsteinen 15,27. Fürtz 144. Schlegel-Doss 72,06. Zindorf 15,90. Darmstadt 6,45. Wombach 24,60. Fritz 25. Einzelmitglieder der Hauptkass 362,40. — Extramarken: Fürtz 3. Ritterslautern 4. Wodenhelm 0,50. Altenburg 5,20. München, Fellenhauer 3,90. Freiberg 1/2 S. 5,10. Freiberg 1/2 S. 3,50. Dresden-N. 2,10. Breslau, Kempner 7,20. Einzelmitglieder der Hauptkass 6,50. — Delegiertenmarken: S. 0,90. Verkerue 5,55. Hagau 8,10. Eisen 0,50. Wodenhelm 0,15. Heideberg 3,90. Leipzig-West 3,15. Danabrid 10,95. München, Fellenhauer 0,45. Braunschweig, Kempner 9,15. Döbenitz 6,31. Gumburg, Kempner 1. Sonstige Einnahmen: A. S. Agitation 2. Fellenhauer von Leipzig für Streifenunterstützung 7,15. Eisenberg 33 1/2 Prozent 25. Nachen vom aufgelösten Metallarbeiterverein 36,45. Altona vom Sparklub der Zingießer überwiehen 13. Protokolle 3,40. Porto von den Einzelmitgliedern der Hauptkass 8,29. Desgl. für Erlaubung 0,20. Sa. 5653,37.

**Ausgabe.** Metallarb.-Ztg. N 1900. Gehalt der Bureaubeamten und des Hilfsarbeiters 570. Bureaukasse nebst Bedienung 20. Stempel 47,30. Entschädigung der unvollständigen Vorstandsmittglieder 20,50. Neufassungsreise 109,40. Agitation 11,40. Unterstützung nach § 2a 20. Streifenmarken nach Wopptingen 80. Sachliche Ausgaben 104,71. Preiseunterstützung an Einzelmitgl. der Hauptkass 8,44. Porto 142,81 — Zuschüsse an die Zahlstellen: Magdeburg 60. Leipzig 50. Wittenburg 50. Witten 1/2 S. 30. Sorau 50. Mainz 100. Heidenheim 25. G. H. a/Elb. 200. Wittenbach 50. Guben 25. Nordhausen 20. Darmstadt 50. Neu-Ruppin 50. Bremerhaven 50. Wodenhelm 80. Götia 80. Hamburg 60. Ritters 20. Sa.: 8944,56.

**Bilanz:**  
 Ausgabe M 5653,37.  
 Einnahme " 5914,56.  
 Kassenbestand M 1713,81.  
 Einwegene Gelder für ausgegebene Marken der General-Kommission: Nachen M 6. Wodenhelm 5. Bant b/W. 7. Wodenhelm 4,70. Braunschweig, Fellenhauer 2,50. Bremerhaven, Kempner, 0,90. Wittenburg 1,90. Fienzburg, Kempner 1,10. Fürtz 1,50. Görlitz 7,50. Hagau 1. Gumburg, Schlosser 20. 8,80. Heideberg 8. Ritterslautern 8,50. München, Fellenhauer 0,90. Pforzheim 0,10. Rostock 0,80. Stegen 4. S. 2,50. Sa.: 57,20.

**So mächtig und doch so furchtsam.**

„Krupp“ — wie oft ist dieser Name in der letzten Zeit in den Blättern aller Parteirichtungen zu lesen gewesen. An den Namen „Krupp“ knüpfte sich eine lebhafteste Diskussion über Patriotismus und Landesverrath. Unsere Leser kennen die Ursache, sind auch informiert über den Patriotismus des Krupp und den seiner Gesinnungsgenossen — wir haben nicht nöthig, hierauf des Näheren einzugehen.

Die politisch-nationale Eigenschaft des „Krupp“ ist also bekannt. Weniger bekannt dürfte sein die wirtschaftliche Bedeutung, die dem Namen „Krupp“ beizumessen ist. Daher kurz ein Streifzug durch das Etablissement „Krupp“ und kurz einige Betrachtungen über die wirtschaftliche Thätigkeit des „Krupp“.

In den Krupp'schen Werken befinden sich 3752 verschiedene Oefen, 429 Dampfessel, 82 Dampfhammer von 100 bis 50,000 Kilogramm Gewicht, 21 Walzstrecken, 450 Dampfmaschinen von 2 bis 1000 Pferdekraften, 1622 verschiedene Werkzeugmaschinen.

Zur Vermittlung des Verkehrs dienen 43,96 Kilometer normalspurige Eisenbahnen mit 14 Tenderlokomotiven und 542 Wagen, 29,59 Kilometer schmalspurige Eisenbahnen mit 14 Lokomotiven und 504 Wagen, 69 Pferde mit 191 Wagen, 80 Kilometer Telegraphenleitung mit 31 Telegraphenstationen und 55 Morse-Schreibapparaten, 140 Kilometer Fernsprechleitungen mit 156 Sprechstellen, welche mit einer Zentralstelle verbunden sind.

An jedem Arbeitstag werden durchschnittlich verbraucht 33,320 Zentner Kohlen und Koaks, 18,835 bis 26,898 Kubikmeter Wasser, 13,350 bis 42,700 Kubikmeter Leuchtgas.

Die Fabrik besitzt für ihren Bedarf ein chemisches Laboratorium, eine photographische und eine lithographische Werkstatt, eine Buchdruckerei mit 4 Dampf-schneldpressen und 7 Handpressen und eine Buchbinderei. Der Plan der Fabrikanlage gleicht dem einer ansehnlichen Provinzialstadt.

Die ganze Fabrik ist von der Krupp'schen Ringbahn umschlossen und von zahlreichen Bahngeleisen durchzogen.

Ein ganz besonders großartiges Gebäude ist die Halle für den Stahlguß. In derselben befinden sich 107 unterirdische Tiegelkessel für Koaksfeuerungen, 20 unterirdische und 1 oberirdische Oefen mit Regenerator-Feuerung. In jedem der erstgenannten Oefen stehen 12, in den anderen 13 und in dem oberirdischen Oefen gegen 90 Tiegel, so daß im Ganzen etwa 1730 Tiegel in diesen Oefen Platz finden, in denen etwa 80,000 Kilogramm Stahl mit einem Male niedergeschmolzen werden können.

Die Fabrik hat bereits mehr als 20,000 Geschützrohre abgeliefert.

Sie besitzt ihre eigenen Kohlenzechen bei Essen und Bochum, in Deutschland allein circa 550 Eisensteingruben, mehrere Gruben in Bilbao in Spanien mit 11 Hochöfen, sowie 4 Transportdampfschiffe. In den Gußstahlfabriken in Essen arbeiten etwa 11,500 Arbeiter, in den Bergwerken, Hütten 2c. etwa 8400 Arbeiter, die zusammen beinahe 50,000 Familienmitglieder haben. Circa 20,000 Personen wohnen in Häusern, welche Krupp gehören; in einer „Kaserne“ wohnen 1600 Arbeiter.

Die Fabrik hat ihre eigene aus 70 Mann bestehende Feuerwehrr und 32 Feuer-meldestellen.

So großartig dieses Werk nun auch von der einen Seite erscheint, so sichtlich zeigt es sich von einer anderen. Es hat eine ungemein große Furcht vor den organisirten Arbeitern.

Niemand, der einer Arbeiterorganisation angehört, darf bei Krupp arbeiten. Alle, die dort beschäftigt sind, müssen einen Revers unterschreiben, nach dem die Zugehörigkeit zu gewerkschaftlichen Vereinigungen verboten ist. Die Vorstandsmittglieder der Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind kürzlich gemahregelt worden. Armer Krupp, so mächtig und doch so furchtsam!

Haben wir unseren Lesern somit ein Bild von dem Krupp'schen Etablissement gegeben, so sei nunmehr darauf hingewiesen, welche Machtstellung sein Besitzer in der heutigen Gesellschaft einnimmt und welche er einzunehmen im Stande ist.

Daß die Zeiten jetzt schlecht sind, ist hinlänglich bekannt. So schlecht aber die Zeiten sind, ja um so schlechter sie sich gestalten, desto besser gehen aber die Geschäfte Derjenigen, welche die Instrumente herstellen, mit denen die kranke Welt nach den Rezepten unserer Dr. Eisenbart-Positiker geheilt werden soll. Zwar wird der nächste Krieg sicherlich wie alle seine Vorgänger gleich bei der Geburt heilig gesprochen werden, trotz alledem wird er aber in recht unheiliger Weise sich zum grauenvollsten Massenmord gestalten, der je auf Erden sich vollzog. Dafür bürgt schon ganz allein die Wissenschaft, die ja heutzutage mehr in den Dienst des Todes als des Lebens gestellt wird.

Die Morbtechnik vervollkommnet sich von Jahr zu Jahr — und da ihr die Staaten Millionen über Millionen Goldstücke zur Verfügung stellen, so ist bei diesem Fabrikationszweige auch ein glänzendes Geschäft zu machen. Das beweisen die hohen Ueberflüsse, welche die Hauptwerkstätte für Vervollkommnung des Massenmordes, Krupp in Essen, abwirft.

Nunmehr will aber Krupp sich noch vergrößern und mit Gruson in Magdeburg sich verheirathen. Zwischen dem Grusonwerk und der Firma Friedrich Krupp in Essen wurde ein Vertrag abgeschlossen, der beide Werke in Krupp's Hände vereinigt.

Der Vertrag enthält, wie auch in voriger Nummer bereits mitgetheilt, folgende Abmachungen:

1. Krupp garantiert den Aktionären des Grusonwerkes 25 Jahre hindurch 9 Prozent Jahresdividende.

2. Für 24 Millionen oder für Uebernahme der Aktien zu 200 Prozent kann Krupp das Grusonwerk erwerben.

3. Beim Ablauf des Vertrages muß Krupp das Werk mit sämmtlichen Aktiva und Passiva gegen die Zahlung von 19,2 Millionen Mark übernehmen durch den Kauf der Aktien zu 160 Prozent, falls das Werk nicht die selbständige Fortführung des Betriebes vorzieht, worüber man sich zwei Jahre vor Ablauf des Kontraktes zu entscheiden hat.

Durch die Verschmelzung dieser beiden Werke ist die Gußstahlproduktion so gut wie monopolisirt; als einziger Konkurrent auf einigen wenigen Gebieten kommt nur



noch der Rheinisch-Westfälische Walzwerkverband in Frage, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß entweder schon eine Preiskonvention mit diesem von Seiten Krupp's abgeschlossen ist, oder eine solche nahe bevorsteht. Tritt aber dies ein — und es bedeutet eine Lebensfrage des Walzwerkverbandes, sich zu einigen, — so ist zunächst die Geschüßfabrikation und dann die Panzerfabrikation vollständig in einer Hand vereinigt. Welche Bedeutung dies hat, wird folgende Bemerkung klar machen.

Bekanntlich tobt heute in der Kriegstechnik der Kampf zwischen Panzer und Kanone, wenn deren Geschuß 30 Zentimeter Panzer durchschlägt, so ist morgen Gruson mit Hartguß-Panzerplatten von 35 Zentimetern da, an welchen selbst die Kraft der mächtigsten Geschosse zerfällt. Von diesem Konkurrenzkampf, der in den theilhaftigsten Werken einen fieberhaften Eifer hervorrief, es immer dem Gegner zuvorzuthun, zog natürlich in erster Linie der Staat Profit.

Nun aber haben die feindlichen Brüder sich vereinigt und der Staat muß bluten, das Schauspiel zwisch'n Panzer und Geschuß wird nach Bedarf in demselben Werk vorgenommen, jetzt liefert es „unüberwindliche“ Panzer, der Staat macht große Aufträge, die Aktionäre, resp. die Krupp grinsen vor Vergnügen über das Steigen des Profits. Endlich ist die letzte Panzerplatte abgenommen und schon stellt das Werk dem Staat ein Geschüß vor, vor dem die eben gefertigten Panzerplatten nicht Stand zu halten vermögen. Jetzt werden die gewaltigen Geschütze hergestellt und gleichzeitig wieder neue unüberwindliche Panzerplatten gegossen und die Aktionäre klopfen sich vor Vergnügen das zweite Mal den Bauch. Der einzige Produzent hat es eben in der Hand, den Staat nach Belieben zu düpien.

Aber damit nicht genug. Krupp ist auch ein Haupt-Schieneproduzent der Welt. Schon jetzt hat er bei Schienen-submissionen seinen großen Patriotismus bewiesen, indem er für dieselbe Schiene per Tonne 145 — von den preussischen Staatsbahnen sich zahlen ließ, die er nach Rumänien frei Galatz für 111,60 M. liefert. Nun ist seine Leistungsfähigkeit, was die Kapitalkraft anbetrifft, durch die Fusionirung mit dem Grusonwerk bedeutend gestiegen; er kann das Rheinisch-Westfälische Schienenartefel gefügig machen und nun treiben sie beide in löblicher Harmonie die Schienenpreise ins ungeheuerliche. Der Hinweis darauf, daß der „Patriotismus“ einem so schändlichen Treiben Einhalt gebieten würde, zieht natürlich nicht. Das Kapital ist, sowie Geldinteressen in Frage kommen, noch niemals patriotisch gewesen und davon liegen, abgesehen von den oben erwähnten Schienenlieferungen, gerade für Krupp die Beweise so handgreiflich zu Tage, daß er erhaben ist über so kleinliche Regungen, wie sie der Patriotismus darstellt, der ist nur gut als Schlagwort für das gemeine Volk, damit dies ohne Murren den Moloch Militarismus füttert, die armen Junker als Offiziere erhält, die Militär-lieferanten groß macht.

Aber auch damit noch nicht genug. Das Grusonwerk gilt als die erste Firma Deutschlands auf dem Gebiete des Mühlenbaues — Schrot- und Kugelmühlen sind seine Spezialität — auf dem Gebiete des Maschinenbaues für Pulverfabriken — und kürzlich erst hat es die Gasmotorenfabrik von Buß, Sombart u. Co. und, wie verlautet, auch die von Körting in Hannover angekauft.

Alle diese Betriebszweige sind nun in einer einzigen Hand vereinigt oder mit anderen Worten, ein erheblicher Theil der gesamten Eisen- und Stahlindustrie Deutschlands ist monopolistisch geregelt, die Konsumenten können nach Belieben geschrippt werden, setzen es nun Privat-konsumenten oder sel es der Staat.

Aber je weiter die Monopolisirung fortschreitet, je mehr durch die Vertheuerung der Produktion die Konsumtion herabgedrückt wird, desto mehr unterbindet sich der Kapitalismus selbst seine Lebensader. Die Kleinproduktion, selbst industrielle Etablissements von recht respectablem Ausdehnung, sind nicht mehr im Stande, mit den Massenbetrieben zu konkurriren; das Kapital häuft sich immer mehr in einige wenige Hände zusammen und immer geringer wird der Kreis Derer, welche an der Aufrechterhaltung des Kapitalismus Interesse nehmen.

Stetig schwindet zu gleicher Zeit die persönliche Bedeutung der Kapitalisten als Leiter und Führer der Produktion — der Kapitalismus untergräbt seine sachlichen und persönlichen Grundlagen — er arbeitet an seinem eigenen Grabe.

Doch wohl uns. Je intensiver der Kapitalismus arbeitet, je eher wird zum Siege gelangen der Sozialismus.

### Der erste von den sinkenden Vorboten der preussischen Arbeiter-Schulgesehung.

Es war im Jahre 1818. Die preussische Regierung fühlte sich noch ungemein wohl in dem Bewußtsein, den seinen gekrönten Vetteren so übermächtig überlegenen, Emporkömmling Napoleon endlich doch los geworden zu sein und schloß in sozial-politischer Beziehung noch den Schlaf des Gerechten.

Da kam eines Tages die Düsseldorf Regierung auf den Einfall, einen der ihr untergebenen Beamten in einem Zeitungsbericht als ein Muster von einem Arbeitgeber herauszustreichen. Der Mann war Fabrikant und Bürgermeister zugleich und pfiffig genug, an Stelle der gelehrten Arbeiter, welche in seinem Gewerbebetriebe derelinst thätig waren, sehr viel vortheilhaftere Arbeitskräfte einzustellen. Die Maschinen, welche er zu verwenden angefangen hatte und die er durch Dampfkraft betreiben ließ, erlaubten ihm das. Er konnte ungelernete Arbeiter beschäftigen und stark brauchen dieselben auch nicht zu sein. Das ermöglichte ihm, dieselbe Thätigkeit, für die er einem erwachsenen Arbeiter 10 Groschen bezahlen mußte, durch Kinder verrichten zu lassen, die froh sein mußten, wenn sie 2 Groschen und 3 Pfennige für ihre Thätigkeit empfangen. Sie hatten Baumwolle zu zer schlagen und aufzulegen, Fäden anzuknüpfen, Garn aufzuspinnen und die fertige Arbeit hin- und herzutragen.

Das sah aus, als wäre es eine kinderleichte Beschäftigung, und warum sollten, so mochte das Fabrikantenhirn kalkuliren, die Kinder nicht ein Vergnügen sich daraus machen, nicht nur Stunden, sondern Tage lang und einen Tag wie den andern Baumwolle zu knüpfen und Baumwollarbeiten — gleichsam spielend — hin- und herzutragen und noch dazu, man denke! — in der Woche nicht weniger als 14—21 Silbergroschen baates Geld für ihr Vergnügen zu bekommen.

Besagter Fabrikant und Bürgermeister erschien der schlauen Düsseldorf Regierung als ein unbändig humaner Mann. Er wollte die Kinder nicht bloß arbeiten, sondern ihnen auch Unterricht ertheilen lassen. Deswegen hatte er eine Art Fabriksschule eingerichtet, die erste ihrer Art in Preußen. Im Schreiben, Lesen, Rechnen und natürlich vor Allem in Religion wurde den arbeitenden Kleinen so nebenbei noch möglichst viel vermerintlich sehr Ersprießliches eingepaukt. Das hatte der Düsseldorf Regierung gewaltig imponirt. Auf bloßes Hörensagen hin und ohne die Sache irgendwie näher zu untersuchen, blies sie im September 1818 in einer der ihr zur Verfügung stehenden Zeitungen in die Lobposaune.

Die gerühmte unbändige Fabrikanten-humanität machte gewaltiges Aufsehen. Friedrich Wilhelm 11., einer von den

Rönigen, die sicherlich, falls das Pulver noch nicht erfunden gewesen, niemals in die Verlegenheit gekommen wären, eine so verhängnisvolle Entdeckung zu machen, war außerordentlich erbaunt von der Geschickte dieses rheinischen Musterfabrikanten und fühlte sich sogar am 7. November selbigen Jahres zu einer Kabinettsordre begeistert, worin er die humane Schulerichtung des bürgermeisterlichen Fabrikanten als ein Beispiel pries, das zur Nachahmung anspornen müsse. Der Düsseldorf Regierung ließ der König den Auftrag zukommen, dem Musterarbeitgeber seine allerhöchste Zufriedenheit auszusprechen. Die Regierung ließ sich das nicht zweimal sagen. Sie veröffentlichte die Kabinettsordre in ihrem Amtsblatte und erstattete darüber dem damaligen Unterrichtsminister Freiherrn v. Altenstein pflichtschuldigst Bericht.

Auch der war riesig erfreut über so viel Fabrikantenhumanität und über eine so fürtreffliche Provinzial-Regierung. Er fühlte sich bewogen, in seinem Antwortschreiben der Regierung zu Düsseldorf seine lebhafteste Anerkennung auszudrücken über ihre „loblichen Bemühungen für die Errichtung von Fabriksschulen“ und wünschte diesen niemals vorhanden gewesenen Bemühungen „fortschreitend gute Erfolge.“

Der Düsseldorf Regierungspräsident fand indeß kurze Zeit nachher in der Lobbrühe, die er eingelehrt hatte, eine ganze Masse der bedenkllichsten Haare. Fataler Weise war ihm nämlich angezeigt worden, daß in den Spinnereien jenes Bürgermeisterfabrikanten ganze Mädel kleinster Kinder zu 11stündiger Nachtarbeit gezwungen wurden. Von Rechts wegen hätte er nun die Sache untersuchen müssen, aber einem Mann, der eben erst vom Könige öffentlich belobt worden war auf Grund eines von ihm erstatteten Zeitungsberichts, durfte er doch, falls er sich nicht selbst einer öffentlichen Blamage aussetzen wollte, nicht mit einer Untersuchung wegen übermäßiger Kinder-ausbeutung heimsuchen. Also zog er es vor, den Bürgermeister durch irgend einen anderen Beamten und durch den Ortsgeistlichen freundlichst bitten zu lassen, doch in der Art der in seinen Fabriken üblichen Kinderarbeit einigen Wandel einzutreten zu lassen.

Dem bürgermeisterlichen Fabrikanten aber fiel das gar nicht ein, und als die Regierung das erfuhr, mochte sie denken, der Klügere gibt nach und hätte bis an's Ende der Dinge beide Augen zugebrückt, wenn nicht wieder ein höchst sonderbarer Zufall dazwischen gekommen wäre.

Im Jahre 1819 fielen bei den bekannten Untersuchungen gegen demagogische Umtriebe auch die schwersten Verdachtsgründe auf die Lehrer von Privatsschulen, und das veranlaßte den Staatskanzler Fürsten Hardenberg den Unterrichtsminister zu ersuchen, er möchte ihm ein Verzeichniß sämtlicher Privatsschulen des Staates und ihrer Vorsteher und Lehrer zukommen lassen. Oben erwähnter Freiherr v. Altenstein forderte über genanntes Thema von den ihm unterstehenden Regierungen einen Bericht ein, der mit gewohnter Langsamkeit bis zum Dezember 1820 von der Düsseldorf Regierung erstattet wurde. Wieder prangte darin die berühmte Fabriksschule, über die der Unterrichtsminister nunmehr als über eine staunenverthe Musteranrichtung Näheres zu erfahren wünschte. Nachdem er sich die Sache reiflich überlegt, forderte er von der Düsseldorf Regierung am 5. Februar 1821 Mittheilung über die Errichtung, Dotation und Einrichtung der hochgelobten Anstalt und fügte wiederum hinzu, daß die Fürsorge des braven Fabrikanten für die ihm anvertrauten Kinder „allen Beifall und Grunderunterung zur Nachahmung für Andre“ verdiene.

Das paßte der Düsseldorf Regierung nun gar nicht in den Kram. Sie hüllte

sich daher in den Mantel des Still-schweigens. Der Minister aber mochte das bei seinen Regierungen schon gewohnt sein und da ihm die Sache mächtig interessirte, so bombardirte er die Regierung volle zwei Jahre lang mit immer bringenderen Mahnungen, bis dieselbe endlich am 21. Februar 1823 mit der Schreckenskunde herausplätz, daß der humane Musterfabrikant in seinen zwei Spinnereien Kinder vom 6. Lebensjahre an bei Tag und Nacht beschäftige und zwar in der einen Spinnerei am Tage 96, bei Nacht 65 Kinder, in der anderen bei Tage 95 und bei Nacht 80 Kinder. Im Sommer mußten die armen Kinder von 7 Uhr Früh bis 8 Uhr Abends arbeiten, im Winter von 8 Uhr Früh bis 9 Uhr Abends. Die Nachtarbeit begann mit dem Schluß der Tagesarbeit und dauerte so lange bis diese wieder anfing. Dafür verdienten die größeren Kinder täglich baare 8 Silbergroschen, während die kleineren mit 2 Silbergroschen abgspelt wurden. Die am Tage arbeitenden Kinder hatten täglich eine Stunde Unterricht während der Arbeitszeit, wohingegen die kleinen Nachtarbeiter jedoch nach beendeter Arbeit noch mit zwei Unterrichtsstunden geplagt wurden, also nach 11stündiger Nachtarbeit noch zwei Stunden Geistesarbeit leisten sollten.

Das war allerdings ein Fabrikantenmuster, das dem Unterrichtsminister die Haare zu Berge trieb. Er setzte sich mit dem Minister für Handel und Gewerbe, dem Grafen v. Bülow, in Verbindung und ertheilte in Gemeinschaft mit diesem der Düsseldorf Regierung einen scharfen Tadel für ihr Verhalten gegenüber „so unverantwortlicher Mißhandlung unmlündiger Kinder“. Zugleich trugen ihr die Minister auf, unverzüglich die Sache zu untersuchen und den Mißbrauch von Kindern unter 14 Jahren zu nächstlicher Arbeit zu verbieten.

Zwar hatte ein Oberfinanzrath dem Grafen v. Bülow berichtet, die in jenen Spinnereien zur Nachtzeit beschäftigten Kinder erfreuten sich eines vorzüglichen Gesundheitszustandes, sie zeichneten sich vor den bleichen Kindern Berlins auf das vortheilhafteste durch ihr kräftiges und blühendes Aussehen aus und die Nachtarbeit behage ihnen offenbar so, daß sie bei ihrem über 1. Meile langen Heimwege stets allerlei Muthwillen trieben. Ein anderer Berichterstatter war derselben Meinung und mußte erst durch einen ihn bei der Besichtigung begleitenden Pfarrer darüber belehrt werden, daß die dicken Bäuchlein der Kinder ebensowenig Zeichen von Wohlbefinden seien, wie ihre heiseren Stimmen. Die Minister hätten sich auch von dieser Art einer in dümmster und dreifester Weise schön färbenden Bericht-erstattung nicht täuschen lassen. Sie wurden durch die Erfahrungen der englischen Gesehung zu der Ueberzeugung gebracht, daß es auch in Preußen kindlicher Nachtarbeit nicht bedürfe, um mit der englischen Spinnerei zu konkurriren. Sie entschlossen sich daher, zunächst wenigstens, für möglichst wahrheitsgetreue Berichte über die Fabrikarbeit der Kinder und ihre Folgen im ganzen Königreich Preußen Sorge zu tragen. Zu diesem Zwecke richtete am 26. Juni 1824 der Minister v. Altenstein eine Zirkularverfügung an sämtliche preussische Bezirksregierungen, wonach dieselben 10 sich auf Alter, Gesundheit, Sittlichkeit und Schulunterricht der in den Fabriken beschäftigten Kinder, sowie auf die Art und Dauer ihrer Arbeit beziehende Fragen beantworten und Vorschläge machen sollten für ein Gesetz, welches bestimmt wäre, die Fabrikbeschäftigung der Kinder zu regeln.

Dieses war in modern-sozialpolitischer Beziehung der preussischen Regierung erster Schritt. Ueber den zweiten und die folgenden demnachst ein Mehreres.



### Die Ausländerfrage.

Die „Ausländerfrage“, welche gegenwärtig sowohl in Frankreich und England, wie in Amerika außerordentlich lebhaft erörtert wird, ist ein Ergebnis der internationalen Konkurrenz, zu welcher die Arbeiter unter dem Druck des internationalen Kapitalismus gezwungen sind. Diese das ganze wirtschaftliche und soziale Getriebe bestimmende und beherrschende Macht hat neben der ruhelosen und heimathlosen Fluktuation des Proletariats im Innern der Länder die Auswanderung großer Proletariatsmassen nach fremden Ländern zu Stande gebracht, — ein beständiges, oft wildstühendes Ausweichen nach anderen Zivilisationskreisen. Unter dem stets wachsenden Druck der aus der wirtschaftlichen Anarchie resultierenden sozialen Noth, gedrängt vom Selbsthaltungstrieb, dem der Glückseligkeitstrieb sich zugeellt, schreien und drängen große Theile der arbeitenden Bevölkerung sich nicht nur aus einem Landesbezirk in den anderen, sondern, was ein noch wichtigerer Vorgang ist, aus einem Lande in das andere und zwar, wie leicht erklärlich, immer zunächst dahin, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse den besten Erwerb garantiren oder zu garantiren scheinen.

Schon unter sogenannten „normalen“ wirtschaftlichen Verhältnissen hat solch eine Fluktuation für die Arbeiter des Distrikts oder Landes, wohin sie sich richten, ihre großen Bedenkllichkeiten, weil sie eine Vermehrung des Angebots von Arbeitskraft, also einen Druck auf die Löhne bedeutet. Geradezu verhängnisvoll aber wird sie in Zeiten großer und anhaltender Krisen, wie wir sie seit einigen Jahren durchleben. Dann zwingt das Elend die Arbeiter zu einer furchtbaren Konkurrenz um Arbeit und Brod, deren internationaler Charakter immer schärfer hervortritt. Dieser Zustand wird noch dadurch verschlimmert, daß spekulative Unternehmer ohne Rücksicht auf die nothleidenden einheimischen Arbeiter sich bemühen, von Auswärts gerade solche Arbeiter heranzuziehen, die möglichst vollkommen in der kulturfeindlichsten aller sozialen „Tugenden“, in der „Tugend der Bedürfnislosigkeit“, sind und zu unerhöht niedrigen Löhnen arbeiten, bei denen der einheimische Arbeiter nicht bestehen kann.

Diese Konkurrenz hat schon öfter zu erbitterten Kämpfen zwischen den Arbeitern geführt. So auch in Frankreich. Wir brauchen nur an die jüngsten Vorkommnisse zwischen französischen und belgischen Bergarbeitern in Vens zu erinnern.

Der vernünftige Sozialpolitiker beurtheilt derartige Vorgänge ruhig und vor allen Dingen objektiv. Ein solches Urtheil aber ist dasjenige nicht, welches ein Pariser Korrespondent des nationalliberalen „Hannoverschen Courier“ in folgender Auslassung abgibt:

„Vor hundert Jahren hat die Revolution die Verbrüderung der Völker auf die Fahne geschrieben und zahlreichen großen Männern, selbst unserem Schiller, das französische Bürgerrecht verliehen. Und heute, wo die herrschenden Parteien die Republik als Verkörperung der großen Revolution preisen, hört man gar nicht auf mit Aufseindungen der Ausländer, der Brüder. Vor einigen Monaten entstand ein förmlicher Bürgerkrieg in den an Belgien stoßenden Grenzgebieten. Die französischen Bergleute und sonstigen Arbeiter töteten sich zusammen, überfielen und mißhandelten die belgischen Genossen, vertrieben sie allerwärts und verwüsteten ihre Häuser. Es mußten selbst Truppen aufgeboden werden, um die Belgier einzumäßen zu schützen. Zuguterletzt intervenirte noch der Sozialist Bakly in der Kammer, um die Regierung aufzufordern, die französischen gegen die belgischen Arbeiter zu schützen. Dies war selbst der

Regierung zu stark. Der Arbeitsminister Vlette versicherte, Frankreich werde seine alte Gastfreundschaft nicht verleugnen — durch die allein genügende Arbeitskräfte beschafft werden können.

„Die Ausländerfrage wird hier im Grunde nur vom wirtschaftlichen Standpunkte aufgefaßt. Die Arbeitgeber wollen freie Zulassung der Ausländer, um Auswahl der Arbeiter zu haben. Die Arbeiter sind den Ausländern gram, weil sie glauben, deren Wettbewerb drücke die Löhne. Alle Abgeordneten, die Arbeiterstimmen gewinnen wollen, bringen von Zeit zu Zeit Anträge auf Besteuerung der Ausländer oder der sie beschäftigenden Betriebsinhaber ein. Wohl 30—40 Anträge dieser Art sind in den letzten Jahren gestellt worden, obgleich ihnen von Hause aus jeder Erfolg abgeschnitten ist. Völkerrecht und Verträge gestatten nicht, daß Ausländer andere Steuern zahlen als die Einheimischen. Dies beruht auf Gegenseitigkeit und Herkommen bei allen gesitteten Völkern. Mit solchen Ausführungen wie Florens, der einzige im Völkerrecht bewanderte Minister des neueren Frankreichs seit 15 Jahren, einst dergleichen Anträge ab. Dies hat nicht verhindert, daß dieses Jahr noch fünf oder sechs solche Anträge gestellt worden sind.“

Es ist eine Absurdität sondergleichen, die hier in Rede stehende „Ausländerfrage“ unter dem Gesichtspunkte der Prinzipien der französischen Revolution kritiziren zu wollen. Sie kann von keinem anderen Standpunkte aufgefaßt werden, als von dem, welchen wir im Eingange dieses Artikels kurz dargelegt haben. Frankreich hat so gut seine industrielle Reservearmee, wie die anderen Kulturländer sie haben. Und nicht sowohl „um Auswahl der Arbeiter zu haben“ wollen die Arbeitgeber die freie Zulassung der Ausländer, sondern um möglichst billige Arbeitskraft zur Ausbeutung verfügbar zu haben. Nicht deshalb sind die französischen Arbeiter den Ausländern gram, weil sie Ausländer sind, sondern weil in der That deren Wettbewerb einen ganz enormen Druck auf die Löhne ausübt und die Lebenshaltung der einheimischen Arbeiter erheblich verschlechtert. Aus diesem Grunde sind ja auch bei unseren deutschen Arbeitern die Italiener, Böhmen, Polen u. nicht wohl gelitten. Da ließe man die Phrasen vom „Völkerrecht“ besser bei Seite; denn es ist das kapitalistische Völkerrecht, welches die internationale Konkurrenz der Arbeiter auf Tod und Leben sanktionirt, — jenes Völkerrecht, dessen ganze Theorie und Praxis in der rücksichtslosesten Ausbeutung der Arbeit aufgeht.

Auch in England tritt die Neigung hervor, Ausländer möglichst vom Wettbewerb mit der nationalen Arbeit fernzuhalten. Im Londoner Handelsstande werden gegenwärtig lebhaft die Maßnahmen erörtert, welche dazu führen könnten, den deutschen Kommiss von den englischen Kontoren zu entfernen.

Am schärfsten hat gegenwärtig aber die „Ausländerfrage“ sich wohl in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ausgespielt, denselben Landen, die ihren wirtschaftlichen Aufschwung lediglich der Einwanderung verdanken. Bis vor einigen Jahren war dort die Ausländerfrage nur als Chinesenfrage bekannt. Lediglich gegen die das Erwerbaleben der einheimischen Arbeiter schwer gefährdende Konkurrenz der bedürfnislosen Söhne des Himmlischen Reiches richtete sich eine scharfe Opposition, speziell aus Arbeiterkreisen. Jetzt erstreckt eine nicht unbedeutende Partei nach dem Wahlspruch „Amerika für die Amerikaner“ eine weitgreifende Beschränkung der Einwanderung überhaupt. Es ist nicht zu leugnen, daß die Masse der eingewanderten Arbeiter, von denen ein großer Theil selbst Ein-

wanderer aus früherer Zeit sind, während weitaus die meisten von Einwanderern abstammen, diese Bestrebungen unterstützt. Auch hier haben wir es lediglich mit einer Seite des vom Kapitalismus bestimmten wirtschaftlich-sozialen Daseins- und Interessentampfes zu thun. Die Ansichten der Masse des Volkes der Vereinigten Staaten über die „Ausländerfrage“ bemüht sich der „New-York Herald“ in einem längeren Artikel darzulegen, dessen wesentlichster Inhalt in folgenden Sätzen enthalten ist:

„Ausfälle und Abordnungen haben so lange über den Gegenstand gesprochen, daß nichts mehr darüber zu sagen ist. Es ist höchste Zeit, zur That zu schreiten. Wir sind überschwemmt mit dem Gesindel von Europa. Der Abhub jeder Nation auf dem europäischen Festlande kommt zu uns. Armelige Schläder, Verbrecher, Bettler und das schmutzige Meißelwerk ausländischer Zivilisation — Alles eilt zu uns. Wir wundern uns nicht, daß sie zu uns kommen wollen. Aber der amerikanische Staat ist keine Wohlthätigkeitsanstalt, die jedem Krüppel eine freie Zufluchtsstätte bietet. Die Frage ist eine sehr praktische: „Soll Europa seine besten Bürger bei sich behalten und uns mit dem Abhub beehren, damit wir uns denselben annehmen?“ Wir haben das schon viel zu lange geduldet und je schneller wir einen entscheidenden Schritt thun und unsere Thore schließen, desto besser für uns! Es ist für Jeden ein großes Privilegium, der Vortheile und Segnungen, die die amerikanische Republik gewährt, theilhaftig zu werden. Laßt daher Jedem, der den Genuß derselben haben will, dafür bezahlen. Laßt es festgesetzt werden, daß jeder Einwanderer 100 Doll. zahle — eine sehr geringe Summe wahrlich — und die Folge davon wird eine zweifache sein. Die, die kommen, werden für uns etwas werth sein — und die, die weder für uns, noch für irgend einen anderen Staat einen Werth besitzen, werden fortbleiben. Warum soll die Einwanderung nicht nach geschäftlichen Grundsätzen organisiert werden?“

Nach dieser aller Gerechtigkeit und Vernunft spottenden Anklaffung handelt es sich für die Mehrzahl der Amerikaner bei der Einwanderungsfrage wesentlich um die Einführung einer Einwanderungssteuer, die wirtschaftlich schwache Elemente von der Union fernhalten soll. Wer außer den Uebersiedelungskosten noch 100 Dollars an Einwanderungssteuer zahlen kann, wird nur noch in sehr seltenen Fällen der Arbeiterklasse angehören.

Gegenüber diesen und ähnlichen Vorschlägen setzt die „New-Yorker Staatszeitung“ die Nachteile auseinander, die ein Sieg der „Nativisten“ den Vereinigten Staaten, insbesondere den breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung, zufügen würde; sie schreibt:

„Die bitterste Enttäuschung werden die Arbeiter erfahren, denen jetzt das demagogische Geschwätz vom Fernhalten billiger Arbeiter fast durchweg halb auf, dies zu sein, zweitens aber heißt es, das Land mit dem Bad auszusütten, wenn man die Einwanderung verbietet, um wenig wünschenswerthe Elemente fern zu halten. Jede Hemmung der Landesentwicklung muß den Arbeitsmarkt drücken, und eine solche Hemmung bildet das Einwanderungsverbot in vielfacher Hinsicht. Angenommen übrigens, solches Verbot würde die Arbeiterorganisationen gegenüber den Unternehmern stärken und die Forderungen der ersteren unterstützen — ist dies eine Bürgschaft für eine günstigere Entwicklung der Industrie? Kann man diese Frage nach den bisherigen Erfahrungen mit jenen Organisationen bejahen? Das Einwanderungsverbot würde sich auch in dieser Beziehung als verderblich erweisen und

vorübergehenden Erfolgen der Arbeiterorganisationen würde sehr bald der hinkende Bote nachfolgen in Gestalt des stärksten industriellen Niederganges. Wenn es denn sein muß, daß wir in Folge der Beschränkung der Einen und des Demagogenthums der Anderen diesen Feldern leeren müssen, so reiche man ihn uns lieber gleich! Daß dieses Verbot mit der Weltausstellung zusammenfallen würde, wäre besonders geeignet, seine Stupidität den guten Leuten recht bald klar zu machen, die jetzt auf die Einwandererhege hereinfallen. Die öffentliche Meinung wird sich dann von ihrer Verirrung um so rascher erholen und die Verbotsaufhebung um so früher erzwingen. Besonders schön ist auch, daß dieses Verbot in eine Zeit fallen soll, wo man den Zwillingsbruder des Nativismus, den Hochzoll, eben abschaffen will. Sehen denn die Tarifreformer nicht ein, wie sie sich selbst widersprechen, wenn sie mit der freieren Bewegung, die sie auf kommerziellem und industriellem Gebiet einführen wollen, eine solche Fesselung des Verkehrs verbinden?“

In diesen Einwendungen gegen die Einwanderungsbeschränkung steckt manches Wahre. So beklagenswerth es an sich ist, daß Arbeiter gegen Arbeiter im Kampfe um's Brod stehen, so läßt sich doch von Maßregeln der hier in Rede stehenden Art ein Vortheil für die gemeinliche Sache der Arbeiter nicht erwarten. Es zeugt von einem Mangel an wirtschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntniß, von solchen Maßnahmen eine Hebung der Lage der arbeitenden Klasse zu erhoffen.

Der internationalen Konkurrenz der Arbeiter ihre verderbliche Schärfe zu nehmen und die „Ausländerfrage“ zu lösen, dazu gibt es in erster Linie nur ein Mittel, die internationale Arbeitergesetzgebung, wie die Sozialdemokratie sie erstrebt. Es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß Arbeiter, statt entschieden für die Erfüllung dieser Forderung einzutreten, alles Ernstes gesetzliche Maßnahmen gegen die Einwanderung neuer Arbeitskräfte verlangen, — und das hier und da sogar unter Berufung auf den Sozialismus, indem sie als Vertreter der Sozialdemokratie sich geriren. Diese ist prinzipiell verpflichtet, allen derartigen Bemühungen, welche der internationalen Solidarität der Arbeiter zuwiderlaufen, entschieden entgegenzutreten. Schlimmeres könnte dem um Befreiung von der Kapitalherrschaft ringenden Proletariat nicht widerfahren, als wenn die verschiedenen der kapitalistischen Produktionsweise unterworfenen Länder, die thatsächlich im Wesentlichen nur ein einziges, einheitliches Produktionsgebiet bilden, sich von einander rücksichtlich der Fluktuation der Arbeitskräfte grundsätzlich abschließen würden. Denn läßt man das Prinzip der Freizügigkeit für die Arbeitskraft fallen, so kann es auch keine Geltung für ihr Produkt haben; der Freihandel muß aufgegeben werden.

Ein solcher Zustand würde nur für ganz kurze Zeit denkbar sein, vorausgesetzt, daß die Macht des kapitalistischen Interesses es dazu kommen ließe. Aber das ist nicht anzunehmen.

Das große Ziel, das die Arbeiter in's Auge zu fassen haben, ist nicht Regulirung der kapitalistischen Produktionsweise, sondern Befreiung derselben. Soweit von regulirenden Eingriffen zu Gunsten der Arbeiter (wie durch die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung) die Rede ist, können sie immer nur als solche erachtet werden, die das Uebergangsstadium zur sozialistischen Produktion erleichtern. Aber Maßnahmen, wie die in Frankreich und in Amerika geplanten, können dieses Uebergangsstadium nur erschweren.

„Damb. Scho.“



### Die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Nürnberger Drahtfabriken.

Die Drahtzieherei ist eine jener Industrien, die gleich der Metallschlägerei und Pinselmacherei in Nürnberg und seiner Umgebung mehr wie anderswo ausgedehnt ist. Vor nicht gar langer Zeit noch zum Theil handwerks- und manufakturmäßig betrieben, hat sie sich in den letzten zwei Jahrzehnten zur Großindustrie entwickelt.

Die vielen ehemals vereinzelt arbeitenden Drahtziehermeister mußten den Kampf mit dem durch die Technik immer verbesserten Drahtziehtische aufgeben. Sie mußten sich entweder eine andere Beschäftigung suchen oder als Lohnarbeiter in die Drahtfabrik einreten. Die Zeit, wo das Handwerk noch einen goldenen Boden hatte, war also für immer verschwunden, sie wurden industrielle Lohnarbeiter. Die Lage des selbständigen Drahtziehermeisters war keine rosige. Der Kampf mit dem Großkapital, der Dampfmaschine, drückte die wirtschaftliche Lebenshaltung immer tiefer herab. Er konnte froh sein, seiner „Selbständigkeit“ ledig zu sein.

Die Unternehmer ließen damals ihren Lohnarbeitern von dem Gewinn noch etwas zukommen. Die Stellung des Unternehmers war noch nicht die heutige vollkapitalistische. Die Sucht nach Reichtum, die Konkurrenz unter den Unternehmern selbst, die riesige Verbesserung der Maschinen änderte auch dieses Verhältnis. War die Lage der in der Drahtzieherei beschäftigten Arbeiter damals noch eine leidliche, so ist sie heute auf den gleichen Stand wie die der übrigen Lohnarbeiter herabgedrückt.

Eine der bedeutendsten Drahtfabriken in Nürnberg ist die Schmidtmer'sche am Egghienplatz, in Firma Kuhn. Sie beschäftigt etwa 43 männliche und 100 weibliche Personen (das kaufmännische Personal nicht gerechnet). Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden täglich; sind jedoch nicht genügend Aufträge vorhanden, so wird die Arbeitszeit reduziert, was häufig vorkommt, um dann nachher wieder mit Ueberstunden zu arbeiten. Die Lage der dortigen Arbeiter hat sich in den letzten 2 Jahren zusehends verschlechtert. Wenn die Schmidtmer'sche Fabrik früher eine der besten, die Beziehungen zwischen den Arbeitern und dem Prinzipal gute, so kann dies unter dem Regime der jungen Herren in keiner Weise mehr behauptet werden. Die Einführung neuer Maschinen machte die gelernten Arbeiter entbehrlich. Die Geschicklichkeit des Arbeiters, durch welche er sich eine bessere Stellung erringen konnte, ist auf die Maschinen übergegangen, zu deren Bedienung wenige Kenntnisse genügen. An seine Stelle treten gewöhnliche Handarbeiter oder sein Lohn wird gedrückt. Eine jede Vergrößerung des Betriebs, jede Verbesserung der technischen Einrichtung bringt dem Unternehmer einen höheren Gewinn, dem Arbeiter eine Lohnreduktion.

An den alten Drahtziehtischen waren z. B. 4 Arbeiterinnen beschäftigt, wovon jede etwa 8 Rollen zu versehen hatte. Sie verdienten im Akkord wöchentlich bei 66 Stunden 15—22 M., je nach dem Quantum und der Qualität des Drahtes. Bemerkenswert ist, daß diese Arbeit eine große Geschicklichkeit und Gewandtheit erforderte. An den neu eingeführten sogenannten „französischen Tischen“ sind einer Drahtzieherin 4 Tische unterstellt und sie liefert damit fünfmal mehr als an den alten Tischen.

Wenn nun früher z. B. für eine gewisse Qualität per Kilo 62 S bezahlte wurden, so werden jetzt nur noch 12 bis 13 S per Kilo bezahlt. Die Arbeiterin bekommt für diese Leistung einen Wochenlohn von höchstens 12 M. Bedenkt man, daß 24 Stück solcher neuer französischer Tische in Thätigkeit sind, so bekommt

man eine Ahnung, woher der Reichtum der Fabrikanten kommt. Das konstante\*) Kapital wird vermehrt, das variable\*\*) Kapital vermindert und die Reproduktion des Kapitals schreitet fort. Der Reichtum ist der „Entbehrungslohn“ des Unternehmers, lehren uns die bürgerlichen Doktrinen.

In der Drahtplätterei hat die Maschine dieselbe Veränderung hervorgerufen. Auch hier ging die Geschicklichkeit und Gewandtheit auf die Maschine über, während die Arbeit in immer einfacherer Bewegung besteht. Der Verdienst einer geliebten Plättlerin belief sich je nach Qualität des Drahtes auf wöchentlich 8—14 M. Wenn früher eine erwachsene Plättlerin nur auf einer Maschine arbeitete, so arbeitet jetzt an den neuen Plättmaschinen ein ungelerntes Mädchen mit 4 solchen Maschinen, von denen eine jede das Doppelte leistet wie eine der alten Maschinen. Der Lohn des Mädchens beträgt bei 66stündiger Arbeitszeit 7 M.

Das Gleiche ist von der Spulerei zu berichten. Die neuen Spulmaschinen arbeiten mit 8 Spulen, während die alten Spulmaschinen nur eine Spule in Thätigkeit setzten.

So erstreckt sich die maschinelle Verbesserung auf alle Zweige dieses Betriebes. Man sollte nun meinen, daß doch den Arbeitern auch etwas von dem geschaffenen Reichtum zu gute käme; doch weit gefehlt! Hand in Hand mit dieser Verbesserung geht eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Als das neue Gewicht in der Schmidtmer'schen Fabrik zur Einführung kam, waren diejenigen, die nach dem Gewicht im Akkord arbeiteten, um 5 Loth im Nachtheil. Die Arbeiter verlangten nun, daß ihnen entweder die 5 Loth bezahlt werden oder der Akkordsatz dementsprechend erhöht werde. Zu einer Lohnerhöhung konnte sich aber Herr Schmidtmer nicht bequemen, denn diese hieß ja der „Begehrlichkeit“ der Arbeiter Vorschub leisten. Um es aber doch auf keine „Eventualität“ ankommen zu lassen, gewährte er den Arbeitern einen Wohnungsgeldzuschuß, der jedesmal am Ziel ausbezahlt wird. Gewiß sehr sonderbar!

Daß aber die Arbeiter trotz dieses sonderbaren Wohlwollens sich nicht gebuldiger scheeren lassen, beweist Folgendes: Vor mehr als Jahresfrist wurde den Drahtzieherinnen an ihrem Akkord bis zu 5 M. abgezogen. Dies ließen sich dieselben jedoch nicht gefallen und gingen am darauffolgenden Montag Früh nicht zu arbeiten an. So etwas war der kurz zuvor zum Kommerzienrath avancirte Herr Schmidtmer nicht gewöhnt. Er verständigte sich jedoch mit den Streikenden und nach wenigen Stunden war der Streik beigelegt. Einen Lohnabzug mußten sie sich aber doch gefallen lassen, wenn auch nicht in der ganzen Höhe. Wahrscheinlich mußte in Folge des Abkommens zum Kommerzienrath das Haushaltungsbudget erhöht werden. Eine besondere Klage der Drahtzieher ist, daß das Metall, das zum Ziehen verwendet wird, nicht mehr wie früher mit Holzkohlen geschmolzen und gegliht wird, sondern mit Roark. Das Metall ist dadurch bedeutend härter und spröder im Verarbeiten. Den Nachtheil haben die Arbeiter, den Vortheil der Unternehmer. Denn Roark ist billiger wie Holzkohlen.

Haben sich nun die Arbeitsbedingungen durch die technischen und sonstigen Umgestaltungen verschlechtert, so sorgt dann der kapitalistische Nachwuchs vollends dafür, dem Arbeiter den Unterschied zwischen Reich und Arm klar zu machen. Denn es ist eine allgemein erkannte Thatsache, daß die älteren Unternehmer ihren Arbeitern gegenüber immer noch den Grundjah: „Leben und leben lassen“ einigermassen wahrten. Sie selbst kau-

den viellecht in ihrer Jugend mit demselben Arbeiter an der gleichen Werkbank. Sie selbst wußten es, wie hart es ist, sein und seiner Familie Brod durch seiner Hände Arbeit zu verdienen. Sie wurden mit den Arbeitern alt, es bestand eine gewisse Anhänglichkeit zwischen dem Prinzipal und den Arbeitern. Der Prinzipal wußte, daß er seinen Reichtum seinen alten Arbeitern zu danken hatte. Der Arbeiter selbst hatte die Hoffnung, bei seinem alten Prinzipal sein Auskommen in seinen alten Tagen zu haben.

Das ist jetzt längst vorüber, die Alten ziehen sich zurück, der junge Reserveelitenachwuchs aber, der nichts kennt von der Welt als deren Genüsse, betrachtet den Arbeiter meist ebenso nur als Waare wie das zu verarbeitende Material und behandelt ihn demgemäß. Nur in der sozialistischen Gesellschaft kann dieses unwürdige Verhältnis endgiltig beseitigt werden. H.

### Notstands-Aktionen.

Das durch die sich stetig verschärfende Krise hervorgerufene Elend der arbeitenden Klassen nimmt derartig zu und liegt so offenkundig zu Tage, daß nur eine arbeitervollständige Presse, wie die nationalliberale, ihren saten Leser beruhigen kann, wenn sie höhrend schreibt: Die Streiks und die Begehrlichkeit der Arbeiter hätten die Krise heraufbeschworen. Die Arbeiter hätten sich selbst diese Suppe eingebrockt. Nur die Goldschreiber des profitwühligen Kapitalismus sind solcher Gelegenheiten fähig. Jeder nur irgend denkfähige Mensch mag und wird, wenn er ehrlich ist, die augenblickliche Nothlage des arbeitenden Volkes anerkennen und wenigstens die schreiende Thatsache konstatiren. Ueber obiges Thema schreibt Dr. Quark im „Sozialpolitischen Zentralblatt“:

Wieder steht man allenthalben vor einem erschreckenden Nothstand der arbeitenden, aber jetzt beschäftigungslosen Bevölkerung. Die Alltagspolitik, die sich mit der Aussicht auf eine „gute Ernte“ über Alles hinwegtäuschen liebt, ist wieder einmal gründlich ad absurdum geführt worden. Wir haben speziell in Deutschland dieses Jahr eine recht gute Ernte gehabt, eine kleine Ermäßigung der Zölle auf Lebensmittel hat als Folge der neuen Handelsverträge mitgeholfen, die Preise des unheimlichsten etwas zu ermäßigen; auch als Industrie-Produkte aller Art für den unmittelbaren Verbrauch sind auf einer so tiefen Preisstufe angelangt, wie seit Jahren nicht, — und da, da kaum der Anfang des Winters in's Land gegangen, das alte Elend! In der Reichshauptstadt bestreitet man zwar sein Vorkommen noch offiziell, wie die stürmischen Auseinandersetzungen zwischen Magistrat und Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung vom 1. Dezember v. J. gezeigt haben, man bestreitet es, obgleich bereits seit März v. J. die Aufmerksamkeit der Behörden auf vorbeugende Maßregeln gelenkt wurde. Aber die Verwaltungsberichte der Gemeindebehörden über den ganz anomalen Besuch des Asyls für Obdachlose, über die Steuerrückstände und einzelne Unterstützungsfonds mit ihrem Hinweis auf die „schlechten Zeitverhältnisse“ bestätigen die Existenz des Nothstandes auch in Berlin. In Breslau ist das Asyl für Obdachlose ebenfalls überfüllt, in Albstadt erhielt der Senat bereits in der Bürgerchaftsversammlung vom 31. Oktober 18800 M bewilligt, um, wie es in seinem Antrage heißt, „bei einer etwa ungünstig sich gestaltenden Beschäftigung der arbeitenden Bevölkerung die Gelegenheit zum Erwerbe zu vermehren.“ Aus Hamburg, dessen Bevölkerung noch unter den Nachwirkungen der Cholera-Epidemie steht, bringen dann und wann herzerweichende Schilderungen von der Lage der armen Leute in der Presse. In Braunschweig schätzt man die Zahl der Arbeitslosen auf ca. 1600, im rheinischen Industriegebiet legen Eisenbahnverwaltung, Bergwerke, Hütten und Fabriken um die Wette Jeter'stäten ein, wenn sie nicht gar zu positiven Arbeiterentlassungen schreiten. In Aresfeld theilt der Oberbürgermeister den Stadtverordneten schon bei der Sitzung vom 3. November d. J. mit, daß in Folge massenhaften Zuguges verarmter Hausweber und Tagelöhner aus den benachbarten Fabriken im Etat der Armenverwaltung der auf das erste Halbjahr entfallende Betrag bereits um 40000 M überschritten sei, und dasselbe Verhältnis wird aus Mülheim am Rhein, aus Kempen usw. gemeldet. In Halle äußerte gelegentlich der Hauptversammlung des Armenvereins am 15. November ein Stadtverordneter, die Arbeitsnoth könne in diesem Winter noch größer werden, als im vorigen. In Magdeburg tagten die

Arbeiter die Zahl der Arbeitslosen auf ca. 2000, in Mannheim auf 3000. In Stuttgart erklaunt man über die kolossale Steigerung des Armenanwandes, der an Beiträgen zur Mische und zur Beschäftigung allein den diesjährigen Etat um 10000 M überschreitet. In Nürnberg gab ein gut orientirter Redner in der letzten Arbeitslosenversammlung die Zahl der Beschäftigungslosen auf 2—3000 Köpfe an. Und wie in Deutschland, so steht es in Oesterreich, in England u. a. Bereits im September schätzte man die Arbeitslosen in Großbritannien auf 60000, für jetzt gibt man sie mit 1 1/4 Million Köpfen an. Sir John Gorke, der Vertreter der englischen Regierung auf der Berliner Arbeiterschuttkonferenz, äußerte schon im November: „Diese Arbeitslosen sind eine ständige Drohung für unsere Kultur... Am größten ist das Elend in London und Nordengland unter den Eisenarbeitern, sowie den Schiffbauern.“

In etwas größerem Maßstabe als voriges Jahr suchte man dem Nothstande jetzt durch Maßnahmen in einigen deutschen Städten zu begegnen. In den Städten ängert sich eben der Nothstand naturgemäß in Folge der Bevölkerungskonzentration am akutesten, und es bedarf nur einiger bezweifelnder Bewegungen der Scharen Arbeitsloser, um die städtischen Behörden auf den Bändstoff aufmerksam zu machen, der sich da anhäuft. Und doch — wie elementar sind die Vorkehrungen, selbst dort, wo solche wirklich getroffen werden! Es ist kein städtisches Arbeitsamt da, welches die Organisation der Notharbeiten übernimmt. Es muß schon als ein ungeheurer Fortschritt bezeichnet werden, daß man sich in Mannheim entschließen konnte, die Nothstandsarbeiten den Beschäftigungslosen theilweise in Regle zu geben, ein Bedanke, den andere Städteverwaltungen absolut nicht zu lassen vermögen. Hier zieht man die Armenbehörde in Verantwortung hinein, die doch eigentlich nicht den Stempel der Armenunterstützung tragen sollen, und dort weiß man der technischen Schwierigkeiten so wenig Herr zu werden, daß die Arbeitslosen lange vergeblich auf den Beginn der längst beschlossenen Nothstandsarbeiten warten müssen. Die Zeit- und Akkordloshöhe glaubt man vielfach nicht niedrig genug ansehen zu können; höchstens daß der Verdienst pro Tag den ortsüblichen Tagelohn für Ungelernte erreichen soll. 20 S pro Stunde in größeren, 18 S in kleineren Städten, — das sind die Nothstandstarife, die bekannt geworden sind. Theilweise erklären sie sich aus den ganz unzureichenden Summen, die bewilligt worden, theilweise aus der Besorgniß, neue Arbeitslose möchten herangelockt werden. Man verschränkt deshalb vielfach das Recht zur Theilnahme an Nothstandsarbeiten auf Verheirathete und solche, die bereits den Unterstüthungswohnst in der Stadt erworben haben. Aber neben den Städten mit unzulänglichen Vorkehrungen steht ja die lange Reihe derjenigen, welche überhaupt noch keine besonderen Anstalten treffen zu müssen glauben, stehen gerade die größten Gemeinwesen, die dem Nothstand noch ruhig zusehen, trotz aller Vorstellungen der Beschäftigungslosen, wie Berlin, Magdeburg, Leipzig, oder die mit ihren Vorkehrungen noch nicht so weit gediehen sind, daß die Arbeitslosen einen Nutzen von ihnen haben, wie Hamburg, Bremen und Frankfurt a. M. Aber man kann die Mangelhaftigkeit der städtischen Vorkehrungen gegen die periodische Arbeitslosigkeit nach wie vor streng beurtheilen und muß doch, gerade im jetzigen Stadium der Angelegenheit und gerade in Deutschland auf einen Theil zurückgreifen, der viellecht noch schuldiger ist, — auf den Staat.

Das Festhalten an der bloßen Routine, mit welcher die größeren Städte ihrer Pflicht noch gerecht zu werden glauben, erscheint deshalb in noch etwas milderem Lichte, weil die kommende Sozialpolitik noch neu und kaum angebaut ist durch Erfahrung und Praxis. Welt besser vorbereitet nach Wissen und Können müßte aber z. B. der preussische Staat sein. Er hat durch seine Verwaltungsbehörden durch die Arbeiterversicherung u. a. seit Langem Fühlung mit den großen Umschlägen im Erwerbsleben, aber er sieht ihnen heute noch so gleichgiltig gegenüber wie jemals. Man ist zufrieden, in jedem Falle ganz gewöhnliche Augenblicksarbeit geleistet zu haben. — Das Verhalten der Reichs- und Staatsbehörden in Sachen der geltenden und noch in Kraft zu stehenden Sonntagruhe, die ein Anfang gesunder Arbeitszeitregulirung hätte sein können, hat nicht den Stempel des selbstbewußten und entschlossenen Willens, sondern den des flehentlichem Schwanken getragen. Die Reichs- und Staatsverwaltung hat sich durch ihre berühmten Cholelrasammlungen unter den Beamten weitaus dem Wege des sozialpolitischen Verständnisses entfernt, und sie beschäftigte eben wieder, beim Drange des Weihnachtsgeschäftes, lieber 1000 Soldaten als 500 brodbrothe Arbeiter. In dieser Hinsicht hat sich der englische Generalpostmeister Morley weit vorurtheilslos gezeigt; er hat mehr als

\*) beständig, beharrlich.  
\*\*) veränderlich, beweglich.



2000 Arbeitslosen während der Weihnachtszeit in Londoner Postamt Arbeit gegeben.

In Bremen stehen noch über 200 Millionen Markt für bewilligte Bahnbauten bereit, in Bayern ungefähr 25 Millionen.

Der Streik in Brünn. In voriger Nummer meldeten wir auf Grund eines uns zugegangenen Briefes des protestantischen Vertrauensmannes der Eisen- und Metallwerke Oesterreich-Ungarns, daß in der Fabrik u. Porges'ischen Fabrik in Brünn 400 Mann in den Zustand getreten seien, weil bei den Formern eine Lohnreduktion von 50-60 Prozent erfolgt sei.

Der jetzige Nothstand und die gänzliche Süßlosigkeit besonders auch des preussischen Staates ihm gegenüber sind die unvermeidlichen Folgen früherer, schwerer Unterlassungsünden auf dem Gebiete einer Sozialpolitik, die mehr als Gelegenheitsmacherei ist und über die augenblicklichen Bedürfnisse nicht gebührenden Blick hinansieht.

sucht es die Firma Seberer u. Porges diesen ihren Vertragsbruch zu beschönigen und zu beknäueln. Der wahre Grund der Kündigung ist jedoch der, daß die 50 gekündigten Arbeiter bei dem Arbeiterstande vom 15. bis 22. November d. J. streikt und insdiesell die Arbeiterschaft vertraten!

Glücklich Arbeiter wurden somit durch den schnödesten Vorkriegsplan der Unternehmer brodeln.

Auf ihr gutes Recht pochen und im Vertrauen auf das abgeschlossene Uebereinkommen wurde von sämtlichen Arbeitern der Firma Seberer u. Porges, welche sich insgesamt solidarisch erklärten, eine Resolution gefaßt, in welcher die Firma Seberer u. Porges aufgefordert wurde, den erwähnten Punkt 4 des Uebereinkommens zu respektieren und die Kündigung zurückzuziehen. Das geschah am 28. Dezember v. J.

Nachdem bis zum 29. Dezember keine Antwort erfolgte, wurde von der Arbeiterschaft an die Firma Seberer u. Porges eine Deputation entsendet, um die definitive Willensentscheidung der Unternehmer zu hören. Die Antwort der Unternehmer lautete:

„Bei uns ist kein Personat, wir kündigen wenn wir wollen und behalten wenn es uns gefällt; die Arbeiter müssen gehen und in den anderen Werkstätten stellen wir die Preise wie wir wollen. Wir lassen uns nichts vorschreiben.“

Als ob wir etwas vorschreiben wollten! Wir verlangten und verlangen ja nichts Anderes, als unser Recht, als die Erfüllung des abgeschlossenen Vertrages, nach welchem durch 6 Monate, also bis 22. Mai 1893 keinem Arbeiter gekündigt werden darf.

Nachdem die nichtgekündigten Arbeiter diese schöne Antwort der Arbeitgeber hörten, kündigten sie der Firma Seberer u. Porges die Arbeit ordnungsmäßig auf. So sind vom 31. Dezember ab vier Hundert Arbeiter mit ihren Familien, ihren Weibern und ihren Kindern brodeln. Im strengen Winter stehen wir elend und verlassen da, weil es den Arbeitgebern gefallen hat, ohne jeden Grund ihr gegebenes Wort zu brechen.

Wir werden gegen die Firma Seberer u. Porges wegen ihres Vertragsbruches den Prozeß betreten. Aber der Prozeß kann Monate lang dauern und wir sind ohne Hilfe und ohne Stütze.

Arbeiter Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, denen jeden Tag, jede Stunde das selbe entsetzliche Unrecht widerfahren kann, wie es uns widerfuhr, Arbeiter, die ihr Leben Augenblick erdarmungslos auf's Messer geworfen werden könnt, wie wir geworfen wurden, denkt an unsere entsetzliche Lage, seid eingedenk der großen, heiligen Pflicht der Solidarität, ermöglicht uns diesen Streik auszuhalten und den Unternehmern zu zeigen, daß das mit Füßen getretene Recht über Gewalt und Willkür siegt und regiert muß.

Auskunft erteilen die Redaktionen der „Kobnost“, Josefstadt Nr. 21 und des „Volkstribun“, Josefstadt Nr. 26 in Brünn.

Die Arbeiterschaft der Firma Seberer & Porges.

Korrespondenzen. Selbgießer und Gürtler.

Hamburg. Der D. M. A. B. Section aller in Selbgießereien, Gürtlerreien und Metalldrehereien beschäftigten Arbeiter Hamburgs und Umgegend, hielt am 21. Dezember vor. J. eine Mitgliederversammlung ab. Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung bis zur nächsten Versammlung vertagt war, erstattete alsdann Bericht vom Gewerkschaftsleiter Kollege Schulz, und es kamen die einzelnen Punkte zur Diskussion, die sich besonders bei der Arbeitslosenstatistik lebhaft gestaltete.

Metallarbeiter. Posen. Am 31. Dezember v. J. hielt die hiesige Verwaltungsstelle des D. M. A. B. in „Klaas's Restaurant“ ihre regelmäßige

Mitgliederversammlung ab. Als 1. Punkt war die Neuwahl der Ortsverwaltung auf die Tagesordnung gesetzt. Es wurden 9. wählt: als Bevollmächtigter Dreher Strach, als Kassier Hüger Lange, als Modistoren die Formier Kleiner und Klaus und Selbgießer Klöse. Dieselben nahmen das Amt an und versprachen in jeder Beziehung für die Interessen unseres Verbandes einzutreten. Ein zweiter Punkt wurde von unserem Delegierten der von allen Dessauer Gewerkschaften ins Leben gerufenen Herbergslokalmission mitgeteilt, daß vom 3. Januar ab eine „Zentralherberge der vereinigten Gewerkschaften“ Leipzigerstraße Nr. 2 eröffnet wird.

Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 2. Weihnachtstag ein gemeinschaftliches Beisammensein ab, welches durch kleine Vorträge und Tanz die Teilnehmer bis zum frühen Morgen belustigen hielt. Es macht sich auch hier der Uebelstand bemerkbar, daß die Genossen eher zu den Vergnügungen kommen, als zu den Versammlungen. Die hiesige Verwaltungsstelle hat hier mit viel Mühseligkeiten zu kämpfen, so daß wir die Genossen dringend bitten müssen, sie möchten die Versammlungen etwas reger besuchen.

Frankfurt a. M. Am 7. Januar fand im „Repro“ eine gemeinschaftliche Versammlung der Verwaltungen Frankfurts und Umgegend statt. Zum 1. Punkt, Aufstellung der Kandidaten zum Gewerkschaftsgericht, machte der Vorsitzende bekannt, daß die Zahlen zum Gewerkschaftsgericht im Januar stattfinden und ersuchte gleichzeitig die bisherigen Vertreter der Metallarbeiter, Unterstützung zu geben über die Pflichten dieser Kandidaten. Nachdem die gewünschte Aufklärung gegeben, wurden die Befugnisse der Gewerkschaftsgerichte besprochen und gleichzeitig die Bedingungen, unter welchen die vorgeschlagenen Kandidaten auf die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft Frankfurts rechnen können, erläutert. Dann wurden die Kollegen Wiesner, Loß und Wolfmeier in Vorschlag gebracht als die geeignetsten Vertreter der Metallarbeiter. Zum zweiten Punkt, Besprechung über eine vorzunehmende Statistik, wurde ein von den Ortsverwaltungen ausgearbeiteter Entwurf vorgelesen. Es wurden jedoch die Anträge eingebracht und angenommen, die Ortsstatistik fallen zu lassen und bei der im April stattfindenden Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes den Antrag zu stellen, über ganz Deutschland eine Berufsstatistik zu veranstalten. Unter Verschiedenes wurde seitens des 1. Bibliothekars, sowie mehrerer Mitglieder Beschwerde geführt über das selbstständige Vorgehen der Ortsverwaltungen bei Einführung einer neuen Bibliotheksordnung. Ferner wurde die allgemeine Ortsverwaltung beschuldigt, eigenmächtig über einige der Bibliothek gehörige Bücher verfügt zu haben. Es gab dies Anlaß zu sehr erregten Debatten und wurde schließlich eine Kommission von 5 Personen gewählt, welche diese Beschwerden zu untersuchen und in der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten hat. Es wurden noch mehrere Anträge eingebracht, welche jedoch wegen vorgerückter Zeit nicht mehr zur Erledigung kommen konnten.

Hagen. Ein schönes Kränzchen hielt am 29. Dezember die hiesige Ortsverwaltung des D. M. A. B. unter gütiger Mitwirkung des Arbeitervereins „Einigkeit“ ab. Bereits vor Anfang war das Lokal überfüllt, so daß die Restauration des Herrn Linden um 9 Uhr geschlossen und mit veräußert werden mußte. Obgleich das Lokal des Herrn Linden sich als zu klein erwies, was von Manchem bedauert wurde, so stellte man diese eben damit zufrieden, daß man erklärte, daß wir unsere Feste nur bei den Wirthen feiern, welche uns auch zu Solierversammlungen z. B. ihr Lokal zur Verfügung stellen. Da die übrigen Solibesitzer das nicht thun, wollten wir uns lieber so behelfen, ehe wir bei denselben ein Fest feierten. Möchten doch alle Arbeitervereine und Verbände so denken. Für Unterhaltung hatte der Arbeiterverein durch Vortrag seinerlieder, ebenso Kollege Dieberichs durch seine komischen Vorträge bestens gesorgt. Reicher Beifall wurde beiden zu Theil. Kurz vor 12 Uhr hielt Kollege Sint eine Ansprache, worin derselbe den Anwesenden für ihre zahlreiche Theilnahme und dem Gefangenen für seine Mitwirkung

im Namen der Ortsverwaltung den besten Dank aussprach. Ferner forderte er die anwesenden nicht organisierten Arbeiter auf, dem Verband beizutreten, da nur eine kräftige Organisation im Stande wäre, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Mit einem Hoch auf den deutschen Metallarbeiter-Verband, in welches begeistert eingestimmt wurde, schloß derselbe, worauf die Anwesenden die Arbeiter-Marschallse fangen.

Leipzig. Am 18. Dezember v. J. fand eine öffentliche Metallarbeiterversammlung in der „Flora“ statt, zu welcher auch die Metallarbeiter der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine geladen waren. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag „Die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“. 2. Diskussion zu Punkt 1 und über die am 16. November 1891 in den „Volkshallen“ in Betreff des Buchdruckerstreiks gefaßte Resolution. Das Referat zum ersten Punkt hatte Herr Wintau übernommen und wurden seine Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit und Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde von einem Kollegen eine Anzahl Namen von Gewerksvereinen vorgelesen, welche es sich zur Aufgabe gemacht haben, sozialistisch gestimmte Arbeiter aus der Arbeit zu bringen; im weiteren Verlaufe wurden die Reden gegenseitig etwas heftig geführt. Folgende Resolution: „Die heute im Saale der „Flora“ stattfindende öffentliche Metallarbeiterversammlung erkennt, daß die Hirsch-Dunder'schen Organisationen nach heutiger Weltanschauung verwerfliche sind, und fordert von jedem Metallarbeiter, sich der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen und dafür zu wirken, zum Nutzen der gesamten Arbeiterschaft der Welt“, wird gegen 9 Stimmen angenommen. Ein Antrag, Punkt 2 der Tagesordnung bis zur nächsten Versammlung zu verlagern, wird abgelehnt. Es werden hierauf vom Kollegen Walbel einige Artikel aus dem „Regulator“ vorgelesen, woraus zu ersehen war, wie die Stellung der Hirsch-Dunder'schen zum Buchdruckerstreik ungefähr gewesen war. Nachdem noch einige Redner gesprochen, wird die Versammlung gegen 3 Uhr geschlossen.

Gesundheit. Eine nette Weihnachtsbescherung erhielten die Arbeiter des hiesigen Stahlwerks am Tage vor Weihnachten in Gestalt einer Bekanntmachung, in welcher eine „mäßige“ vom 1. Januar 1893 ab in Kraft tretende Lohnreduktion von durchschnittlich 18 Prozent angekündigt wurde. Wie wir hören, sollen auf der Georgs-Marien-Hütte, sowie auf dem Plessberge ebenfalls Lohnreduktionen vorgenommen sein. Die drei genannten Werke gehören dem Georg-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein. Nach dem Geschäftsbericht für 1891/92 waren auf den drei Werken 4674 Arbeiter beschäftigt. Der Betriebsüberschuß für das Berichtsjahr betrug 2591167,35 M. und der Gesamtumsatz für Arbeiter (und Meister) belief sich auf 4521716 M. Diese Zahlen sprechen für sich. Damit nun bei dem jetzigen schlechten Geschäftsgange den Aktionären die Dividende nicht gekürzt wird, mußte bei den Arbeitern diese „mäßige“ Lohnreduktion, wie in der Bekanntmachung mehrmals betont wird, vorgenommen werden. Generaldirektor dieser Gesellschaft ist Herr Haarmann, welcher im Oktober zum Senator in Danabrid gewählt worden ist. Bei seiner Einführung in den Magistrat hat dieser Herr (wie hiesige Zeitungen berichten) eine Rede gehalten, in welcher er betonte, daß er ein warmes Herz für die Arbeiter habe. Wie schwer es nun einem so sehr warmherzigen Herrn werden muß, seine Zustimmung zu einer Lohnreduktion zu geben, können wir uns lebhaft vorstellen. Der durchschnittliche Stundenlohn der Arbeiter auf dem Stahlwerk ist höchstens 25 S. Das Einkommen des Herrn Generaldirektors als solcher soll, wie wir hören, 40000 M. betragen. Auch die Betriebsdirektoren, Oberingenieure u. dgl. sollen eben... in sehr auskömmlichem Gehalt beziehen. Daß bei diesen Herren ebenfalls eine Lohnkürzung stattgefunden hat, davon ist uns bis jetzt nichts bekannt. Die Korruption der hiesigen Tagesblätter ist bei dieser Gelegenheit wieder voll zu Tage getreten. Wenn der genannte Generaldirektor im Namen der Aktiengesellschaft 500 M. für sogenannte wohlthätige Zwecke spendte, würden sämtliche Blätter ellenlange Berichte darüber bringen, aber diese für Danabrid tief einschneidende Lohnkürzung hat auch nicht ein einziges Blatt erwähnt, geschweige kritisiert. Arbeiter, erkennt aus den oben berichteten Thatfachen, welche zeigen, wie auf der einen Seite der Lohn zu einem wirklichen Hungerlohn herabgedrückt wird und auf der anderen Seite Gehälter von 40000 M. bezahlt werden, daß die heutige Gesellschaft auch nicht helfen kann und will, daß das Heil der Arbeiter in ihren eigenen Händen ruht.

Stettin. Am 18. Dezember v. J. fand im Hotel zum Stern in Grabow die Mitgliederversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle des D. M. A. B. statt. Nachdem der 1. Punkt der Tagesordnung, Beitragszahlung, erledigt, erstattete Kollege Goffen,



welcher leider von drei gewählten Kollegen der einzige war, der sich in der Hafnarbeiterversammlung erkundigt hatte, Bericht über die Heußerung Herber's in einer früheren Hafnarbeiterversammlung ab. Derselbe führte an, daß, als er sich über diesen Punkt ausgesprochen, Einige dafür, Andere dagegen waren, daß Herr Herber die Heußerung gethan haben sollte. Die Versammlung beschloß, keine Aenderung im Protokoll vorzunehmen, wie Herr Herber es gewünscht, denn nach den Erfindungen bei den Hafnarbeitern habe Herr Herber sich in diesem Sinne geäußert, wie damals im Protokoll geschrieben wurde. Es wurde noch hervorgerufen, daß die Berichte so möglich eingedrückt werden, wie sie abgegeben würden. Es wurde der Antrag gestellt: Sobald der „Vollstreck“ den Bericht nicht so bringt, wie er eingedrückt wird, möge die Versammlung beschließen, nur in der „Metallarbeiter-Zeitung“ bekannt zu machen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Die beiden zum Einholen der ausstehenden Bibliothekbücher gewählten Kollegen haben nichts Wesentliches erreicht, da mehrere Kollegen mit den Büchern abgereicht sind. Kollege Lütke, welcher noch zwei Bücher und Stempellisten besitzt, soll durch eingeschriebenen Brief aufgefordert werden, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, noch recht thätig zu sein, um mehr neue Mitglieder heranzuziehen.

**Dr. Johann I. S.** Schon lange war es die Absicht der hiesigen Metallarbeiter, sich an den deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen. Um dieses zu erreichen, fand am 1. Januar eine Besprechung der Kollegen statt, in welcher 11 Mann ihr n. Beitritt erklärten und als Vertrauensmann der Kollege Risch, Beschel gewählt wurde. Die Anzahlung der Reiseunterstützung erfolgt Mittags 12—1 Uhr, Abends 7—8 Uhr Sonntags, und 11—1 Uhr Mittags an Sonntagen bei dem Vertrauensmann, an der Saufur Nr. 85 pt., rechts. Herberge: Brandels Restaurant (bis Otern), Verkehr: Karl Feurich, Restaurant, N.berdorf Nr. 111. Da doch weitestens gegen 60 Kollegen hier arbeiten, außer anderen Metallarbeitern, so hoffen wir, daß auch diese dem Verbande nicht mehr lange fern bleiben werden. Sendungen sind zu richten an: Risch, Beschel, an der Saufur Nr. 85 pt., rechts.

**Reißzeugmacher.**

**Härnberg.** In der Reißzeugfabrik von Carl Oeder Sohn & Co., Rennwegstr. 13a, sind wegen Lohnveränderungen sämtliche Arbeiter entlassen worden. In unterstehen sind 18 Brilonen, darunter 4 verheiratete mit 18 Kindern. Zugang ist streng fernzuhalten. Alle Briefe u. s. w. sind an J. Frühlingsfeld, Querstraße 7, zu richten. Näherer Bericht folgt.

**Berliner**

**Arbeitervertreter-Verein.**

So weit es in der gegebenen kurzen Zeit durchführbar war, hat der Unterzeichnete sich mit der Arbeitervertreter-Vereins-Deputation bezüglich der Wahl von 7 Ersatzmännern für die nichtständigen Mitglieder des Reichsvereinskommittes in's Evidenteste auf's Gütlich und gestattlich sich der Verein nachbenannte, gemeinlich aufgestellt e Kandidaten Ihnen zur Wahl bestens zu empfehlen.

- Berlin, 30. Dezember 1892.  
Der Vorstand  
des Berliner Arbeitervertreter-Vereins.
- J. A.: Johann F. Martin, Vorsitzender, Postenstr. 10, SW.
1. Nr. 271. Carl Oebel, Schlosser, Berlin.
  2. „ 16. Wilh. Frede, Knappschäft-Kellner, Dortmund.
  3. „ 1005. Friedrich Stügelmeier, Tischler, Berlin.
  4. „ 271. Emil Altmann, Dreher, Chemnitz.
  5. „ 1735. Gregor Wirthmann, Maurer, Bamberg.
  6. „ 584. Albert Voigt, Gummi-Arbeiter, Berlin.
  7. „ 272. Joseph Klingebell III, Tischler, Halle a. S.
- Die Arbeiterblätter werden gebeten, von Obigen Notiz zu nehmen.

**Gerichts-Zeitung.**

**Das Vereinsrecht in Preußen.** Gegen den noch unbeschrauten Verghauer Johann Demuth aus Nieder-Hermsdorf war seitens des dortigen Amtsvorstehers ein Strafbefehl erlassen worden, weil derselbe als Bevollmächtigter der Mitglieder der am 10. Mai vor. J. dort gegründeten Zehlfeste resp. Filiale des Verbandes deutscher Bergleute in Bochum das Mitgliederverzeichnis derselben unter Verletzung der diesbezüglichen Statuten zur politischen Genehmigung nicht eingereicht, und sich deshalb einer Uebertretung der §§ 2, 13 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 schuldig gemacht hätte. Hiergegen war seitens des D. rechtzeitig Einspruch erhoben

worben. Das Schöffengericht in Waldenburg erkannte gegen den Angeklagten unterm 25. März d. J. auf Freisprechung. In den Urtheilssgründen war ganz besonders hervorgehoben worden, daß die Filiale von Nieder-Hermsdorf als ein selbständiger Verein nicht angesehen werden könne, da der Angeklagte nur mit der Einmüthigkeit von Beiräten der in Nieder-Hermsdorf befindlichen, zum Verbands deutscher Bergleute in Bochum gehörigen Mitglieder betraut gewesen, und derselbe durch diese bloßen Einmüthigkeiten eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten aus gar nicht bezweckt habe. Wegen dieses Urtheil hatte die Amtsanwaltschaft Berufung eingelegt und diese damit gerechtfertigt, daß sie behauptete, die Filiale müsse als ein selbständiger Verein für Nieder-Hermsdorf dennoch angesehen werden, da dieser eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten unbedingt bezwecke. Die Waldenburger Strafkammer war aber in ihrer Sitzung vom 28. Juni v. J. ganz derselben Ansicht wie der Richter der ersten Instanz, weswegen die Berufung verworfen und das schöffengerichtliche Urtheil aufrecht erhalten worden war. Hiergegen war seitens der Staatsanwaltschaft die Revisionsbeschwerde erhoben worden. Das Kammergericht hatte in seiner unterm 8. Oktober v. J. getroffenen Entscheidung die Zweigvereinigung des qu. Bochumer Verbandes in Nieder-Hermsdorf seiner ganzen Beschaffenheit nach als einen selbständigen Verein angesehen, weil diese Filiale eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke, demnach die Verlegung des § 2 des allegirten Vereinsgesetzes für begründet erachtet und die Verhandlung und Entscheidung der Sache in die Vorbereitungsinstanz nochmals zurückverwiesen. In der Verhandlung am 6. Dezember hob der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Waczenroth aus Breslau, ganz besonders hervor, daß die Zahlstelle für Bochum in Nieder-Hermsdorf, deren Leiter sein Klient gewesen, als ein selbständiger lokalfreier Verein keineswegs angesehen werden könne, weil weder Versammlungen noch Zusammenkünfte dieser Filiale stattgefunden hätten und der Angeklagte nach den Statuten auch gar nicht einmal zur Mitgliederannahme berechtigt gewesen sei. Nur aus Zweckmäßigkeitsgründen sei ein Organ für Bochum geschaffen worden, für das der Angeklagte nur als ein einzelner Leiter des Vereins angesehen werden müsse. Die in der Kammergerichts-Entscheidung enthaltenen Voraussetzungen im Sinne des qu. Gesetzes könnten daher auch nicht als zutreffend erachtet werden. Der Staatsanwalt Dr. Klemmer brachte dagegen analog seinem früheren Antrage gegen den Angeklagten eine Revidirte von 15 A. ebent. 8 Tage Haft in Antrag, auf welche der Gerichtshof auch erlanni. In den jetzigen Urtheilssgründen ist ganz besonders hervorgehoben, daß kein Grund vorläge, den Ausführungen des Kammergerichtes zu widersprechen, da nach dessen Entscheidung die qu. Zahlstelle einen Lokalverein begründe, welcher als solcher politisch hätte angemeldet werden müssen.

**Vermischtes.**

**Interpellation.** Bevor der Reichstag in die Weihnachtstferien ging, hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet: Welche Maßregeln haben die verbündeten Regierungen ergriffen oder gedenken sie zu ergreifen, um dem notorisch vorhandenen Nothstand entgegenzuwirken, welche in Folge andauernder Arbeitslosigkeit, vielfach vorgeschwommener Herabsetzung der Arbeitslöhne sowie der allgemein gedrückten Lebensverhältnisse in den weitesten Volkskreisen herrscht? — Am 10. d. M. trat der Reichstag wieder zusammen, so daß das Land alsbald offiziell erfahren wird, wie sich die Reichsregierung zur Bekämpfung des Nothstandes stellt. Jedenfalls wird dieselbe nicht umhin können, die in dem Eisenbahnbetriebe verhängten Lohnherabsetzungen des Näheren erläutern zu müssen. Es sollte uns nicht wundern, wenn, um einer Erbitterung des heillosen Themas aus dem Wege zu gehen, die herrschenden Parteien es ablehnen, in eine Diskussion der Anfrage einzutreten. Geschäftsordnungsmäßig steht den Fragestellern das Recht der Begründung zu, und diese wird schon demnächst ausfallen, daß die Parteien sich beileben werden, die Ursachen der Arbeitslosigkeit möglichst zu verschleiern.

**Der Antisemitismus und die Arbeiter.** Die Antisemiten, an ihrer Spitze fanatische Pfaffen, abgedankte Offiziere und allerlei zweifelhafte Existenzen, versuchen bekanntlich auch die Gewerbetreibenden und Lohnarbeiter für ihre Sache zu gewinnen. Es herrschen in der Kreise der Letzteren vielfach noch falsche Auffassungen über das Wesen des Antisemitismus. Deshalb hat der letzte sozialdemokratische Parteitag in Berlin Stellung zu dieser Frage genommen mit einer Resolution, die Folgendes erklärt: Der Antisemitismus entspringt der Mißachtung gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwicklung be-

drückt haben und zum großen Theil durch diese Entwicklung dem wirtschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern gegen eine in demselben hervortretende Erscheinung richten, die ihnen im Konkurrenzkampf besonders unebenem wird, gegen das jüdische Ausbenterium. Dieser sein Ursprung zwingt den Antisemitismus zu Forderungen, die ebenso mit dem wirtschaftlichen wie politischen Entwicklungsgeheßen der bürgerlichen Gesellschaft im Widerspruch stehen, also fortschrittfeindlich, d. h. reaktionär sind. Daher auch die Unterdrückung, die der Antisemitismus vorzugsweise bei Junkern und Pfaffen findet. Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbenterium muß nothwendig erfolglos sein, weil die Ausbenterung der Menschen durch den Menschen keine spezifisch jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigenenthümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft erlischt. Da nun die Sozialdemokratie der entschiedenste Feind des Kapitalismus ist, einerlei ob Juden oder Christen seine Träger sind, und da sie das Ziel hat, die bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen, indem sie die Umwandlung derselben in die sozialistische Gesellschaft herbeiführt, wodurch aller Herrschaft des Menschen über den Menschen, wie aller Ausbenterung des Menschen durch den Menschen ein Ende bereitet wird, lehnt die Sozialdemokratie es ab, ihre Kräfte im Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung durch falsche und darum wirkungslos werdende Kämpfe gegen eine Erscheinung zu verpflanzern, die mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt. Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung, welche jedoch trotz ihres reaktionären Charakters und wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt, weil die von dem Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten ausgehenden Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Schichten zu der Erkenntnis kommen müssen, daß nicht bloß der jüdische Kapitalist sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist, und daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie aus ihrem sozialen Elende befreien kann.

**Zur Sozialreform des Staates.** Eine Eisenbahnverfassung, welche von der Breslauer „Volkswacht“ mitgetheilt wird, liefert einen Beitrag, der die „Sozialreform“ besser als ein händereicher Kommentar beleuchtet. Diefelbe lautet:

**Bekanntmachung.** Im Verfolg der Verfügung des Königl. Eisenbahn-Betriebsamts Briga-Bissa vom 9. November 1877 o. 17928 b, und vom 28. März 1888 Cl 1461 b, wird hierdurch folgendes bestimmt: Sobald das Umräumen von Kohle, von einem Lokomotivführer auf einen anderen, oder das Abladen von Betriebskohle, oder von Kohle, erforderlich wird, sollen von jezt ab diese Arbeiten nach Schluß der Arbeitszeit von denjenigen Maschinenführern ausgeführt werden, welchen am Sonntage vorher freier Sonntag, unter Gewährung ihres Tagelohnes, bewilligt worden war.

Nach den vorliegenden Verfügungen soll nur denjenigen Maschinenführern monatlich ein freier Sonntag oder Feiertag bewilligt werden, welche im Tagelohn arbeiten und welche zeitweise zu Ueberstundenarbeiten herangezogen werden müssen, ohne daß denselben die Ueberstunden in Rechnung gestellt werden, was überhaupt nicht geschehen darf.

Breslau, den 17. November 1892.  
Die Betriebs-Werkstätte.  
B. W. 6770.

Mit den Wohlthaten des Staates hat es dieselbe Bewandnis, wie mit denen der ostpreussischen Junker. Für die Wohlthaten der Letzteren hat der Volksmund das Sprichwort gefunden: „Der liebe Gott wird es bezahlen und die Großmutter wird es abspinnen.“ Dem Maschinenführer wird der freie Sonntag nicht geschenkt; der Staat begnügt sich, auch wo er „christlich“ wird, nicht mit dem Gotteslohn, sondern läßt den Arbeiter den freien Sonntag in Ueberstunden abarbeiten.

**Die Zahl der Arbeitstage im Jahre** variiert bei den deutschen und ausländischen Industrieländern wie folgt: a) Preußen 305 Arbeitstage. Es gehen von der Zahl 365 ab: 32 Sonntage, 1 Neujahrstag, 1 Charfreitag, 1 Oftermontag, 1 Buß- und Bettag, 1 Simmetfabriktag, 1 Pfingstmontag, 2 Weihnachtstage, b) Königreich Sachsen 302 Arbeitstage. Die drei Feiertage, welche Sachsen mehr hat als Preußen, sind Dreikönigstag, zwei statt einen Bußtag, Reformationsfest. c) Sächsischer Herzogthum 301 Arbeitstage. Die vier Feiertage mehr im Vergleich zu Preußen sind Gründonnerstag und drei zwischen 1. Oktober und 15. November fallende Kirchweih-Feiertage; die Katholiken feiern extra am 10. Tagen: Epiphaniastag, Valentinstag, Fastnacht, Fronleichnam, Maria Heimsuchung,

Marie Himmelfahrt, Michaelistag, Mariä-Hilfstag, d) Bayern 300 Arbeitstage (ohne spezielle Angabe). e) Württemberg 308 Arbeitstage (beleglos). — Von sämtlichen in Frage kommenden Ländern hat Ungarn mit 312 die meisten, das Innere Anhalt mit 287 die wenigsten Arbeitstage. Eine Vergleichung aller Länder ergibt folgende Reihenfolge: Inneres Anhalt 287, Canada 270, Schottland 278, England 278, Portugal 283, Westphalen 288, Spanien 290, Oesterreich und Russische Ostsee-Provinzen 295, Stalien 298, Bayern, Belgien, Brasilien und Buxemburg 300, Sächsischer Herzogthum 301, Frankreich, Königreich Sachsen und Russische Provinzen 302, Württemberg, Schweiz, Danemark und Norwegen 303, Schweden 304, Preußen und Irland 305, Vereinigte Staaten von Amerika 308, Holland 308, Ungarn 312 Arbeitstage.

**Litterarisches.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart J. G. B. Dieck's Verlag) ist soeben das 16. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Preussische Justiz. — Der Sozialismus in Frankreich vor der großen Revolution. — Das nabende Ende des landwirthschaftlichen Großbetriebes. Von Dr. Rudolf Meyer. (Schluß.) — Wie heute Romane gemacht werden. Von Otto Derdow. — Feuilleton: Kunde von Rügenw. Einige Kapitel aus einem utopischen Roman von William Morris. (Fortsetzung.)

**Sozialpolitisches Zentralblatt** (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von J. Gutentag in Berlin). Aus dem Inhalt der Nummer 14 heben wir hervor: Das Strafrecht und die bestellten Klassen. Von Rechtsanwalt Dr. Ludwig Fuld. — Die Baucmannsänderung aus Wahlen und aus der Aufwina. Von Prof. Dr. E. Mischler. — Novelle zum deutschen Wuchergesetz. — Deutscher Gehrentwurf betreffend die Abzahlungsgeschäfte. — Eine Petition gegen Erhöhung der Biersteuer. — Einführung des bäuerlichen Ackerbaurechts in Baden. — Arbeitslosigkeit und Stadterordnete in Berlin. — Ergebnisse der hiesigen Griffelfabrikation in Kettlingen. — Zur Statistik des Hausverkaufs. — Wandernde Arbeiter in der Provinz Brandenburg. — Die Arbeiter und die großen Verkehrsanstalten in Berlin. — Die Organisation der Zimmerer Deutschlands. Von Zimmerer August Ringmann. — Kaufmännische Sonntagfrage in der Weihnachtzeit. — Sonntagfrage in der chemischen Industrie. — Bergpolizeiordnung über Erhaltung von Maschinen für Bergleute im Bezirk Dortmund. — Unfallversicherung durch die deutschen Bergbauvereinigungen. — Die eingeschriebenen Hilfskassen und die §§ 76 und 75a des Krankenversicherungsgesetzes. — Die Wohnungsverhältnisse der ärmeren Bevölkerung in Berlin. Von Dr. Adolf Braun.

**Briefkasten.**

- H. J. Mannheim.** Sie müssen sich an D. selbst wenden.
- H. Tönnig.** Sie brauchen doch nicht bei jeder Nummer eine Beilagenkarte senden. Das ist nur nöthig, wenn in der Zahl eine Aenderung eintritt.
- H. Gassen.** Sie müssen uns jede Anzeige rechtzeitig senden.

**Vereins-Anzeigen.**

- Deutscher Metallarbeiter-Verband.**
- Jachen.** (Allg.) Montag, 16. Januar, Abends 8 Uhr, Versammlung, Gießhörnchenstr. 3. L. O.: Geschäftliches. Vortrag über: „Wahlprüfung und Weitergang“. Ref.: A. W. von G. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder.
- Jalen.** Sonntag, 15. Jan., im Gasthaus zum Hirsch, General-Versammlung. L. O.: Entrichtung der Beiträge. Wahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes.
- Altenburg.** Sonnabend, 21. Januar, Generalversammlung. — Alle aus der Bibliothek geliehenen Bücher sind spätestens bis Sonnabend, 14. Januar abzuliefern. — Gleichzeitige Kassenabend.
- Börsenbrunn.** Samstag, 14. Januar, Abends halb 9 Uhr in der „Walhalla“, Kirchgasse 6, außerordentliche Mitglieder-Versammlung. L. O.: Aufnahme und Eingahlung. Halbjahres- und Kassenbericht vom November-Dezember. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes.
- Braunschweig.** (Schlosser und Maschinenbauer.) Sonnabend, 14. Jan., Versammlung. L. O.: Abrechnung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verbandsangelegenheiten.
- Bremenhaven.** (Sektion d. Nienperr.) Sonntag, 21. Jan., Abends halb 9 Uhr im „Kolosseum“, Versammlung.
- Bunzlau.** Sonnabend, 14. Jan., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gasthof zu den „3 Kronen“. Tagesordnung im Lokal.
- Canstatt.** (Allg.) Sonntag, 15. Jan., von Nachm. 3 Uhr an im „Gasthaus zum Bamm“, Weihnachtsfeier unter gest. Mit-



Wirkung des Gesangsvereins „Vorwärts“, des Herrn Schöttgen aus Stuttgart. Tanzunterhaltung. Die Mitglieder sowie die ganze Arbeiterkastei Cannstatts wird freundlichst eingeladen.

**Gymnich.** Sonnabend, 21. Januar, Generalversammlung der Einzelmitglieder des D. M. A. B. im Gasthaus „Wiesenthal“. L. D.: Berichterstattung. Wahl des Vertrauensmannes.

**Cothaus.** Sonnabend, den 14. Januar, Abends halb 9 Uhr, außerordentliche Generalversammlung im kleinen Saale des Herrn Döring (Gesellschaftshaus). L. D.: Wahl des Gesamtvorstandes. Wahl einer Herbergskommission. Abrechnung und Bericht über die bisherige Tätigkeit. Verschiedenes.

**Wöhren.** Um die Mitglieder des D. M. A. B. einander gesellschaftlich näher zu führen, ihnen gleichzeitig auch eine weitere Gelegenheit zum Beitragzahlen u. s. w. zu geben, werde ich von jetzt ab alle 14 Tage bekannt geben, in welchem Lokal wir uns treffen. Am Sonntag, den 22. d. M. Abends gegen 8 Uhr Restauration Arnold, Kirchgasse. **Koslinus.**

**Dortmund.** Sonntag, 15. Jan., Vorm. 11 Uhr, bei Wirth Zimmermann, öffentliche Gewerkschafts- und Protestversammlung betreffs des Gewerkschaftsgerichts. Es ist Pflicht aller Metallarbeiter zu erscheinen und dafür zu agitieren. — Sonntag Abends 7 Uhr Gesangsstunde auf dem Berge. Alle Mann erscheinen!

**Dresden.** Sonnabend, 21. Jan., Abds. halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-versammlung im kleinen Saale des „Litanon“. L. D.: Vortrag über: „Amerikanische Arbeiterverhältnisse.“ Ref.: Kollege Schumacher. Abrechnung für Nov.-Dezbr. und Situationsbericht des Vertrauensmannes und dessen Stellvertreter. Neuwahl von 2 Bibliothekaren für die Dresdener Metallarbeiter-Bibliothek und sonstige Angelegenheiten. Ferner werden die Mitglieder ersucht, betreffs Umschreibung und Kontrolle die Mitgliedsbücher einzuliefern und die rückständigen Beiträge zu begleichen. Desgleichen die Bücher aus der Bibliothek behufs Neuanstellung des Verzeichnisses abzugeben.

**Präsident-Neustadt u. Umgebung.** Dienstag, 17. Jan., Abends halb 9 Uhr im Restaurant Otto Claus, Schönbrunnstr. 1, öffentliche Versammlung der Metallarbeiter aller Branchen. L. D.: „Der Sozialismus als Weltanschauung“. Referent: Genosse Dr. Grabnauer. Die Arbeitslosenstatistik. Gewerkschaftliches als Jahresbericht. Abrechnung, Neuwahl des Vertrauensmannes und dessen Stellvertreter. Das Erscheinen aller Verbandsmitglieder ist dringend nötig.

**Püffeldorf.** Samstag, 21. Jan., Abds. halb 9 Uhr, im neuerbauten Lokale „Neue Welt“, Flingerstr. 89, Mitglieder-Versammlung. — Unsere Versammlungen finden jetzt regelmäßig alle 14 Tage im obigen Lokale statt. — Diejenigen Kollegen, welche Bücher aus der Bibliothek in Händen haben, werden hiermit dringend ersucht, zwecks Revision der Bibliothek dieselben umgehend abzugeben. Bis zum 15. Februar werden keine Bücher ausgegeben.

**Quilburg.** Sonntag, 15. Jan., Versammlung. L. D.: Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Abrechnung. Vorstandswahl. Verschiedenes.

**Stillingen.** (Mg.) Sonntag, 15. Jan., Nachmittags punkt 2 Uhr, General-Versammlung bei L. Schlegel, „zur Bierhalle“. L. D.: Jahresbericht. Kassenbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung und Verschiedenes.

**Flensburg.** Die Reiseunterstützung wird jetzt bei Herrn Schüt, Kassierer, Große Str. 16, Abends von 6—8 Uhr ausbezahlt.

**Frankfurt a. M.** (Mg.) Samstag, 21. Jan., Abends halb 9 Uhr, General-Versammlung im Gasthaus zum „Reißloch“, Strugg. 41. L. D.: Rechenschaftsbericht. Neuwahl der Verwaltung. Verschiedenes.

**Freising.** Samstag, 14. Jan., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Rühner Hof“. Tagesordnung im Lokal.

**Gassen.** Sonnabend, 14. Jan., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. L. D.: Wahl des Vorstandes. Eingehung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes.

**Gera.** Sonnabend, 21. Januar, Versammlung in Beder's Restaurant. Tagesordnung im Lokal. — Jeden Sonnabend Kaffeetage. Restanten werden nochmals an ihre Pflichten erinnert, andernfalls wir nach § 3a verfahren müssen.

**Gr. Schönan i. S.** Die Mitglieder des D. M. A. B. werden ersucht, sich Sonntag, den 28. Jan., Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal bei Carl Geisrich, Nebenstraße, zu einer Besprechung einzufinden. Delegiertenkarten werden ausgegeben. Es ist Pflicht sämtlicher Mitglieder zu erscheinen.

**Glücksbadi.** Sonnabend, 14. Januar, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Wink am Markt. Tagesordnung im Lokal.

**Sörlitz.** Montag, 16. Januar, Abends halb 9 Uhr, General-Versammlung. L. D.: Jahresbericht. Neuwahl der Verwaltung und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legtimit.

**Grünberg i. Schl.** Sonnabend, den 21. Jan., Versammlung im „Deutschen Kaiser“. Tagesordnung im Lokal.

**Hagen.** Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß die Reiseunterstützung von jetzt ab Abends von 8—9 Uhr auf unserer Herberge, E. Müschke, Körnerstraße 102, ausbezahlt wird. Ebenso ist hier die Schlafmarke eingeführt, welche jedem Kollegen mit 25 Pf. von der Unterstützung abgezogen wird.

**Iserlohn.** Sonntag, 15. Jan., Abends 6 Uhr im Vereinslokal bei Herrn Brennscheidt, Mitglieder-Versammlung. L. D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Rechnungslegung und Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Kaiserlautern.** (Mg.) Samstag, 14. Jan., Abends halb 9 Uhr, Generalversammlung. L. D.: Erheben der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Berichterstattung des Bevollmächtigten. Bericht des Kassiers. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes.

**Konstanz.** Samstag, 14. Jan., Generalversammlung im „silbernen Mond“.

**Leipzig (Nord).** Die Wohnung des Vertrauensmannes ist von heute ab: Gohlis, äußere Gabel'sche Straße 81, Hof, 1 Tr. — Diejenigen Mitglieder, die ihre Mitgliedsbücher noch nicht an den Vertrauensmann abgeliefert haben, werden gebeten, solches umgehend zu besorgen. — Mitglieder, welche über die zulässige Frist mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, werden ersucht, bis längstens 1. Februar ihren Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls dieselben unnachlässig gestrichen werden.

**Lützen.** Montag, 16. Januar, Abends halb 9 Uhr, Generalversammlung im „Holländer“. L. D.: Abrechnung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes.

**Mübeck.** Mittwoch, 18. Jan., Abends halb 9 Uhr bei Becke, Ledersr. 3, Generalversammlung. L. D.: Abrechnung für Nov.-Dez. Jahresbericht. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung etc.

**Markt Redwitz.** Sonntag, 15. Januar, Nachmittags halb 3 Uhr, Versammlung im Gasthof zum „goldenen Anker“. L. D.: Wahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes.

**Neumühlten h. Kiel.** Mittwoch, 18. Jan., Abends 8 Uhr im Lokale des Gastwirths Jöbst in Wellingdorf, Mitglieder-Versammlung. L. D.: Neuwahl der Ortsverwaltung. Entziehung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Fragekasten. Verschiedenes.

**Nordhausen.** Sonntag, 15. Januar, Nachmittags 3 Uhr im Lokal „Schützenhaus“, Generalversammlung. L. D.: Jahres-Abrechnung. Wahl der Ortsverwaltung. Wahl eines Komitees zum Stiftungsfest. Verschiedenes. — Diese Versammlung findet ausnahmsweise Sonntag statt, um den auswärtigen Kollegen Gelegenheit zu geben, derselben beizuwohnen. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es pünktlich zu erscheinen.

**Nürnberg.** (Sektion d. Feilenindustrie.) Samstag, 21. Jan., Abends 8 Uhr, General-Versammlung im „Cafe Rert“. L. D.: Jahresrechnung. Neuwahl der Verwaltung. Verschiedenes.

**Nürnberg.** (Sektion der Flaschner.) Sonntag, 16. Jan., Vorschlag in die Restauration Gabel, Roggenstraße 16. — Sonntag, 22. Jan., Nachm. 2 Uhr, Generalversammlung im Lokal „König von England“, breite Gasse.

**Nürnberg.** (Sektion d. Metallbrüder.) Sonntag, 15. Januar, Vorschlag in's Cafe Fischer, am Pleier. — Sonntag, 22. Jan. im Vereinslokal „Für seinen Duelle“, M. Dreht Dürerstraße 1, präzis 2 Uhr, Generalversammlung. L. D.: Jahresbericht. Kassenbericht. Wahl der Gesamtverwaltung. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden nochmals ersucht, ihre Adressen betreffs des Einkassierens anzugeben.

**Nürnberg.** (Sektion der Roth- und Glöckengießer.) Sonntag, 15. Jan., Nachm., Vorschlag zu Genossen Neubauer, Aufstraße, nächst den Zentralwerkstätten. — 22. Jan., Restauration Fromm, od. Kanalstraße, obere Ueberfahrt.

**Nürnberg.** (Sektion der Schmiede.) Samstag, 21. Jan., Abends 8 Uhr im Vereinslokal, Mitglieder-Versammlung — Sonntag, 22. Jan., Nachm. Vorschlag in die Brühlgasse „zum Fenigerplatz“ am Maxfeld. — Die Kollegen werden ersucht, sich lebhafter an der Bibliothek zu beteiligen. Bücher sind stets vor der Versammlung in Empfang zu nehmen.

**Oldenburg.** Sonnabend, 14. Januar, Generalversammlung. L. D.: Wahl der Ortsbeamten. Kassenbericht. Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht, vollständig zu erscheinen und ihre Mitgliedsbücher mitzubringen. — Wir machen die restierenden Kollegen auf den § 3 Abs. a des Verbandsstatuts aufmerksam da wir sonst gezwungen sind, sie

zu streichen. Die Wohnung des Kassiers Glopstein ist: Ebnertstr. 29, und können da Beiträge entrichtet werden. — Das Versammlungslokal ist Kurwirthstr. 28 bei Franz Benbermann. Wir machen die Mitglieder noch auf unsern Fragekasten aufmerksam, welcher vorn im Lokal den Mitgliedern zur Verfügung steht.

**Reine.** Dienstag, 17. Jan., Generalversammlung. L. D.: Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragserheben. Vorstandswahl. Verschiedenes. Fragekasten. — Die restierenden Mitglieder werden aufgefordert, ihre Beiträge so bald wie möglich zu entrichten.

**Rorzhelm.** Samstag, 14. Jan., Abds. 8 Uhr im „golo. Löwen“, Mitglieder-Versammlung. L. D.: Abrechnung von Nov.-Dez. Bericht der Gewerkschaftskommission. Verschiedenes.

**Reck.** Sonnabends, Mitglieder-Versammlung im Lokale, „Woc. Götting.“

**Rosenheim.** Sonntag, 16. Januar, Vormittags 10 Uhr im Gasthaus zum „Frühlinggarten“ Generalversammlung.

**Schnitzing-Doos.** Sonntag, 22. Jan., Vorm. 10 Uhr bei Eplegl in Muggenhof General-Versammlung. L. D.: Jahresbericht des Kassiers. Jahresbericht des Bevollmächtigten. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes.

**Stettin.** Die Inhaber von Bibliotheksbüchern werden ersucht, sämtliche entliehenen Bücher zum Zwecke der jährlichen Aufnahme und Revision baldigst, spätestens aber am 22. ds. Mts. abzuliefern.

**Ubingen.** Samstag, 14. Jan., Abds. 8 Uhr im Vereinslokal „Anker“, Mitglieder-Versammlung. L. D.: Beitragszahlung. Abrechnung von Nov.-Dez. Verschiedenes. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Weimar.** Sonnabend, 14. Jan., Abds. halb 9 Uhr, General-Versammlung in Tonndorf's Restaurant. L. D.: Tagesgaben und Aufnahme neuer Mitglieder. Abrechnung von der Weihnachtstafel. Eröffnung der Bibliothek. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes. — Diejenigen Mitglieder, welche mehr als 8 Wochenbeiträge schulden, erhalten keine Stimmung gewährt ist. — Unsere Herberge befindet sich Tonndorf's Restaurant, kleine Kirchgasse, wofolbst auch die Reiseunterstützung ausbezahlt wird.

**Zirndorf.** Sonntag, 20. Januar, Nachmittags 5 Uhr, Stiftungstafel. Vortrag des Genossen Klammer über „Die Bedeutung der Organisation“. Freunde willkommen.

**Glauchau.** Fachverein der Met.-Arb.) Sonnabend, 14. Januar, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. — Gleichzeitig werden die Mitglieder auf unsere neugegründete Bibliothek aufmerksam gemacht.

**Murzen.** (Met.-Arb.-Verein.) Sonnabend, 14. Jan., Abends halb 9 Uhr, Versammlung im Thilinger Hof. L. D.: Aufnahme von Mitgliedern. Vortrag von Paul Schlemann über: „Die kapitalistische Produktionsweise“. Verschiedenes und Fragekasten.

### — Anzeigen. —

**Nachruf.**  
Am 31. Dezember 1892 starb unser Mitglied  
**Valentin Möllinger**  
nach kurzer Krankheit im Alter von 62 1/2 Jahren. Er war eines unserer treuesten Mitglieder und Kämpfer für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.  
Verwaltungsstelle Freiburg.

Der Former Richard Martin aus Leipzig und der Klempner Paul Fichtner aus Krotoschin, Kreis Posen, werden ersucht, ihre Adresse an den Unterzeichneten gelangen zu lassen.

**August Henze, Glauchau, Garmehr. 1.**

Der Klempner Hugo Hell aus Zwickau i. S. wird um Angabe seiner Adresse wegen wichtiger Angelegenheit ersucht.  
**Ortsverwaltung Künenb. G.**

Ein tüchtiger lediger Feilenhauer wird gesucht bei

**Aug. Torgau, Lugemburg, Gwerberg.**

**Tüchtige Former**  
auf schmiedbaren Wuz gesucht  
**Gehröder Pecher, Müdeldorf.**

**Grünberg i. Schl.**  
**Engl. Shag, Cigarren, Cravatten, Hüte m. Kontr.-Marke**  
26. 26. bei  
**Julius Kurzweg, Niederthorstr. 6.**  
Grünberg i. Schl.

Im Verlage von **G. Stomke-Bielefeld** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen  
**Immerwährender Wandkalender für Arbeiter.**  
Preis 50 Pf.  
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.  
Den Bestellungen direkt am Verlage sind 60 Pf. in Briefmarken beizufügen, wofür 1 Exemplar franco zugesandt wird.

Es erschien  
u. ist von der Expedition, Berlin, Prinzenstraße 100, bei Einlieferung von M 110 (auch in Postwertzeichen) zu beziehen der

### Maschinenbau- und Metallarbeiter-Kalender

f. d. J. 1893.

Unentbehrliches Nachschlage- Taschenbuch für jeden strebsamen Metallarbeiter jeden Zweiges.

Im Vorjahre war die Auflage dieses kellebten Arbeiter-Kalenders schon sehr bald vergriffen.

**Musik!**  
Ziehharmonikas, 2 Doppelbälge mit Nickel eingekauft, 2 gehende Registerz. offene Klaviatur, Trompeten - Verzierung, große, hochfeine Instrumente nur M 6.50.  
**Carl F. Schirmer, Erfurt, Krämerstr. 46.**  
Tüchtiger, selbständig arbeitender Metallgießer  
findet dauernde Beschäftigung.  
A. Esterer's Maschinenfabrik, Alttötting.

= Soeben erscheint: =  
**MEYER'S KLEINES KONVERSATIONS-LEXIKON**  
Fünfte, neubearbeitete und vermehrte Auflage  
78,000 Artikel und viele hundert Abbildungen, Karten u. a.  
66 Lieferungen zu je 30 Pfennig = 18 Kreuzer oder 3 Halbfranzbände zu je 8 Mark = 4 Fl. 80 Kr.  
Die ersten Lieferungen zur Ansicht. — Prospekte gratis.  
Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig u. Wien.